(A) **Berichtigung**

zum Stenographischen Bericht der 1. Sitzung.

S. 20 B, Zeile 13 von oben, muß der dritte Name lauten: »Duschön«.

2. Sitzung.

Donnerstag den 23. März 1933.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 5 Minuten durch den Präsidenten eröffnet. (C)

Präsident Göring: Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich eines Mannes gedenken, dessen Name aufs allerengste und stärkste verbunden ist mit der deutschen Freiheitsbewegung, ein Name, der uns allen in diesen Jahren oft in schweren Zeiten vorangeleuchtet hat. Heute ist der Geburtstag unseres Dietrich Eckart,

(die Abgeordneten der Regierungsparteien erheben sich)

und ich glaube, daß wir das Gedenken an diesen Mann nicht besser feiern können, als indem ich eine Strophe von jenem Liede hier noch einmal vorspreche, das uns oft begeistert und mitgerissen hat, das uns schließlich zum Siege führte und gerade die heutige Lage wie kein anderes Lied kennzeichnet. Kameraden, oft habt ihr mit uns gesungen das Lied:

Deutschland erwache! Sturm, Sturm, Sturm!
Läutet die Glocken von Turm zu Turm!
Läutet die Männer, die Greise, die Buben,
Läutet die Schläfer aus ihren Stuben!
Läutet die Mädchen herunter die Stiegen!
Läutet die Mütter hinweg von den Wiegen!
Dröhnen soll sie und gellen die Luft,
Rasen, rasen im Donner der Rache!
Läutet die Toten aus ihrer Gruft!
Deutschland erwache!

Ich danke Ihnen, daß Sie sich erhoben haben.

Meine Damen und Herren! Folgende Ausschüsse sind gebildet und haben zu ihren Vorsitzenden und Stellvertretern gewählt: (D)

der 1. Ausschuß (Wahrung der Rechte der Volksvertretung) zum Vorsitzenden den Herrn Abgeordneten Dr. Frank II, zum Stellvertreter den Herrn Abgeordneten Dreher;

der 2. Ausschuß (Auswärtige Angelegenheiten) zum Vorsitzenden den Herrn Abgeordneten Dr. Frick, zum Stellvertreter den Herrn Abgeordneten Joos;

der 3. Ausschuß (Geschäftsordnung) zum Vorsitzenden den Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner, zum Stellvertreter den Herrn Abgeordneten Stöhr;

der 5. Ausschuß (Reichshaushalt) zum Vorsitzenden den Herrn Abgeordneten Reinhardt, zum ersten Stellvertreter den Herrn Abgeordneten Dr. Albrecht (Thüringen), zum zweiten Stellvertreter den Herrn Abgeordneten Dr. Klöckner.

Die Mitgliederverzeichnisse dieser Ausschüsse werden den Damen und Herren später gedruckt zugestellt werden.

Der Rechtsanwalt Labowsky (Hamburg) beantragt mit Schreiben vom 16. und 17. März 1933 die Vollstreckung eines Haftbefehls gemäß § 901 der Zivilprozeßordnung gegen das Mitglied des Reichstags Kaufmann.

Herr Walter Groos in Hamburg beantragt mit Schreiben vom 10. März 1933 die Aufhebung der Immunität des Mitglieds des Reichstags Maddalena zwecks Erzwingung eines Offenbarungseides.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend und einzeln durch den Verlag der Reichsdruckerei, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 106, zu beziehen.

(Präsident Göring.)

(A) Ich schlage vor, diese Anträge dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen. — Es ist so beschlossen.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten Frau Ansorge, Arzt, Dr. Baade, Dr. Breitscheid, Dr. Dingeldey, Dr. Hilferding, Frau Kunert, Dr. Löwenstein, Lufft, Frau Sender, Sollmann (Köln) auf die Dauer einer Woche.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Diez.

Meine Damen und Herren! Es ist festgestellt worden, daß sich verschiedene Abgeordnete nicht in die Anwesenheitslisten der letzten Sitzung eingetragen haben, obgleich sie im Hause waren. Ich bitte die Betreffenden, dies schriftlich dem Bureau mitzuteilen, damit sie im Stenographischen Bericht der 1. Sitzung als entschuldigt geführt werden können.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung:

> Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Frick, Dr. Oberfohren u. Gen. über die **Änderung der Geschäftsordnung für den Reichstag** (Nr. 5 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung. Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Stöhr als Berichterstatter das Wort erteile, darf ich hier zum Ausdruck bringen, daß gerade der Herr Abgeordnete Stöhr jahrelang immer aufs sorgfältigste diese Materie studiert hat und wohl wie kein zweiter berufen ist, darüber Bericht zu erstatten. Ich danke dem Parteigenossen und Abgeordneten Stöhr besonders für seine klaren Worte, die er gestern in der Ausschußsitzung in bezug auf die Änderung der Geschäftsordnung gebraucht hat. Ich erteile ihm das
(B) Wort.

Stöhr (NSDAP), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen! Meine Herren! Der 3. Ausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Anträgen Nr. 5 und 7 der Drucksachen des Hauses beschäftigt. Der Antrag Nr. 7 stammt von den Abgeordneten Dr. Breitscheid u. Gen. und verlangt die Aufhebung der Haft, die über eine Anzahl von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion verhängt worden ist. Der Ausschuß empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen, weil die Mehrheit, die diesen Beschluß gefaßt hat, der Meinung ist, daß es unzweckmäßig wäre, die Herren des Schutzes zu berauben, der ihnen durch die Verhängung dieser Haft zuteil geworden ist. Es wird dabei durchaus individuell verfahren. Das beweist die Tatsache, daß Frau Agnes, von der in dem Antrag ebenfalls die Rede war, inzwischen bereits entlassen worden ist.

Der Antrag Nr. 5, Dr. Frick, Dr. Oberfohren u. Gen., verlangt bestimmte Änderungen der Geschäftsordnung. Über die Punkte 2 und 3 dieses Antrags ist eine Debatte nicht geführt worden, weil Übereinstimmung darüber bestand, daß die Änderung zweckmäßig ist, und weil praktisch auch schon danach verfahren worden ist, auf Grund eines Beschlusses, der im Ältestenrat des Reichstags gefaßt wurde.

Eine Debatte entspann sich über den Punkt 1 dieses Antrags. Die Sozialdemokraten, die als Opponenten auftraten, waren der Meinung, daß der Zweck dieses Antrags sei, eine Obstruktion zu verhindern, die eigentlich zu den parlamentarischen Gepflogenheiten und zu den parlamentarisch zulässigen Kampfmitteln gehöre. Die Nationalsozialisten konnten sich dieser Auffassung nicht anschließen. Sie stellten insbesondere fest, daß (C) zwischen der Obstruktion, die von Ihnen und den Deutschnationalen am Beginn des Jahres 1931 getrieben wurde, und einer etwa heute denkbaren Obstruktion ein gewaltiger Unterschied bestünde.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Sie sagten insbesondere, daß ja das Verhalten der Parteien, gegen die sich die Obstruktion der Nationalsozialisten damals richtete, schon den klarsten Beweis dafür bringt, wie es mit diesem Kampfmittel beschaffen ist. Die Nationalsozialisten standen von je her auf dem Standpunkt — so wurde im Ausschuß gesagt —, daß die Obstruktion ein sittliches und moralisches Postulat der Opposition sein kann und damals für die Nationalsozialisten tatsächlich gewesen ist, daß aber heute unter den völlig veränderten Verhältnissen eine Obstruktion gegen Absichten der Reichsleitung und Reichsregierung als eine grobe Pflichtwidrigkeit bezeichnet werden müßte, gegen die die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden müßten.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Man hat damals — so wurde im Ausschuß gesagt — die Obstruktion der Nationalsozialisten auf das Niveau von Portemonnaie-Interessen heruntergezogen, indem man insbesondere unberechtigterweise den Diätenstandpunkt hervorgekehrt hat. Man versuchte damals auch, die Abgeordneten der Obstruktionsparteien materiell zu schädigen. Alle diese Dinge kommen heute absolut in Wegfall. Mit der Geschäftsordnung, die hier beabsichtigt ist, wird nichts anderes bezweckt als eine Garantie für einen ordnungsgemäßen Verlauf der Geschäfte, die im Interesse des deutschen Volkes gegeben werden muß. (D)

Die Abgeordneten der Mittelparteien standen prinzipiell auf dem gleichen Standpunkt. Sie haben — so betonten sie — jederzeit jede Obstruktion grundsätzlich verworfen, und sie können sich infolgedessen jetzt auch den Gedankengängen anschließen, die von den Antragstellern in diesem Punkte beabsichtigt sind.

Dann entspann sich noch eine Aussprache über Punkt 4 des Antrags Nr. 5 der Drucksachen des Hohen Hauses:

> Als anwesend gelten auch die Mitglieder, die nach § 2a ausgeschlossen werden können.

Ich habe hier noch einzuschalten, daß eine formelle Änderung der im Punkt 1 des Antrags getroffenen Bestimmungen sich schon deswegen erübrigt, weil Übereinstimmung — auch bei den Antragstellern — darüber bestand, daß der Herr Präsident des Reichstags diese Bestimmungen hinsichtlich der Gewährung von Urlaub jederzeit auf die entgegenkommendste Art und Weise handhaben wird. Es wird sich sehr leicht feststellen lassen, ob der Urlaub wirklich notwendig ist, oder ob er etwa genommen werden soll, um damit eine obstruktionelle, demonstrative Absicht gegen die Maßnahmen der Reichsregierung auszudrücken. Nach Punkt 4 des Antrags sollen also diese Mitglieder des Hauses — auch trotz eines langdauernden Ausschlusses wegen pflichtwidrigen Handelns — als anwesend gelten. Von den Sozialdemokraten, dem Herrn Abgeordneten Löbe, ist ganz mit Recht gesagt worden, das solle geschehen, um eine Obstruktion, wenn sie trotz aller anderen Bestimmungen noch einsetze, praktisch unwirksam zu machen. Die Antragsteller haben das zugegeben, und es ist gar

(**Stöhr** (NSDAP), Berichterstatter.)

(A) kein Grund vorhanden, das zu verschweigen. Gewiß soll damit jede Obstruktionsmöglichkeit im Keime ertötet werden; aber, meine Damen und meine Herren, das ist eine Notwendigkeit und ist sittlich nach jeder Richtung hin gerechtfertigt.

Den stärksten Trumpf glaubten die Gegner des Antrags mit der Behauptung ausspielen zu können, daß es sich hier um eine Verfassungsänderung handle, die gewissermaßen aus dem Handgelenk heraus vom Geschäftsordnungsausschuß beschlossen wird. Infolgedessen sahen sich die Nationalsozialisten veranlaßt, durch Beschluß im Ausschuß ausdrücklich feststellen zu lassen, daß eine Verfassungsänderung durch diesen Beschluß gar nicht in Frage kommen kann.

Die Abgeordneten der Mittelparteien, insbesondere der Vertreter des Zentrums, stellten sich auf den Standpunkt, daß man dem Antrag ruhig zustimmen dürfe, weil die Frage, ob es sich um eine Verfassungsänderung handle, niemals hier im Hause oder im Geschäftsordnungsausschuß, sondern an anderer Stelle entschieden werden würde.

Der Ausschuß kam daher zu dem Beschluß, dem Hohen Hause zu empfehlen, dem Antrag Nr. 5 ohne jede Änderung vollinhaltlich zuzustimmen.

Präsident Göring: Meine Damen und Herren! Sie haben den Bericht gehört. Der Ausschuß beantragt also, den Antrag unverändert anzunehmen. Ich glaube, wir können im ganzen über den gesamten Antrag abstimmen. Oder wird getrennte Abstimmung beantragt? — Es ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Mitglieder, die den Antrag annehmen wollen, sich zu er-
(B) heben. — Der Antrag ist mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen.

(Abgeordneter Stöhr: Antrag Nr. 7 muß noch abgelehnt werden! Zuruf des Abgeordneten Dr. Bell.)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Bell.

Dr. **Bell** (Z), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag muß ich namens meiner Fraktion eine kurze Erklärung abgeben. Wir haben im Geschäftsordnungsausschuß entsprechend den ständigen Gepflogenheiten des Hohen Hauses zum Ausdruck gebracht, daß wir dem Antrag, soweit er sich auf die Schutzhaft beziehe, zustimmen würden, daß wir dagegen den Antrag, soweit er sich auf ein eingeleitetes Strafverfahren beziehen sollte, nicht annehmen könnten. Ich habe daraufhin im Geschäftsordnungsausschuß den Antrag gestellt, eine Auskunft der Reichsregierung darüber einzuziehen, auf welche der Abgeordneten sich lediglich die Schutzhaft erstrecke und gegen welche der in dem Antrag bezeichneten Abgeordneten sich ein Strafverfahren richte. Dieser Antrag fand aber nur Unterstützung bei der Bayerischen Volkspartei, während keine andere Partei, auch die Sozialdemokratische Partei nicht, sich diesem Antrag anschloß. Infolgedessen haben wir erklärt, daß wir dem Antrage in der pauschalierten Form nicht zustimmen könnten, weil wir nicht zu übersehen in der Lage wären, welche Abgeordneten lediglich von der Schutzhaft betroffen würden und gegen welche Abgeordnete ein Strafverfahren eingeleitet werde. Da das auch jetzt noch nicht der Fall ist, sind wir gezwungen, uns der Stimme zu enthalten.

Präsident Göring: Meine Damen und Herren! (C)
Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für die Ablehnung des Antrags auf Haftentlassung sind, sich von den Sitzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit der

ersten und zweiten Beratung des von den Abgeordneten Dr. Frick, Dr. Oberfohren u. Gen. eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Behebung der Not von Volk und Reich** (Nr. 6 der Drucksachen).

Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

(Die nationalsozialistische Fraktion erhebt sich und begrüßt den Reichskanzler mit einem dreifachen Heil.)

Hitler, Reichskanzler: Männer und Frauen des Deutschen Reichstags! Im Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die Nationalsozialistische Partei und die Deutschnationale Volkspartei Ihnen durch einen Initiativantrag ein Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich zur Beschlußfassung unterbreitet.

Die Gründe für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende.

Im November 1918 rissen marxistische Organisatio- (D)
nen durch eine Revolution die vollziehende Gewalt an sich. Die Monarchen wurden entthront, die Reichs- und Landesbehörden abgesetzt und damit die Verfassung gebrochen. Das Gelingen der Revolution im materiellen Sinne sicherte die Attentäter vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland beziehungsweise seine Regierungen trügen die Schuld am Ausbruch des Krieges. Diese Behauptung ist wissentlich und sachlich falsch.

In der Folge führte aber diese im Interesse unserer damaligen Feinde liegende unwahre Anschuldigung zu schwersten Unterdrückungen des gesamten deutschen Volkes. Unter Bruch der uns in den 14 Punkten Wilsons gemachten Zusicherungen begann für Deutschland, das heißt für das schaffende deutsche Volk, eine Zeit grenzenlosen Unglücks. Alle die von den Männern des November 1918 gemachten Versprechungen erwiesen sich, wenn schon nicht als bewußte Irreführungen, so doch als nicht minder verdammenswerte Illusionen. Die »Errungenschaften der Revolution« waren im gesamten genommen nur für kleinste Teile unseres Volkes angenehm, für die überwältigende Mehrzahl aber, zumindest aber insoweit sich diese durch ihre redliche Arbeit das tägliche Brot verdienen mußte, unendlich traurige.

Daß hierfür der Selbsterhaltungstrieb der an dieser Entwicklung schuldigen Parteien und Männer tausend Beschönigungen und Ausreden findet, ist verständlich. Der nüchterne Vergleich der durchschnittlichen Ergebnisse der letzten vierzehn Jahre mit den einst proklamierten Versprechungen fällt für diese verantwortlichen Regisseure dieses in der deutschen Geschichte beispiellosen Verbrechens vernichtend aus.

(**Hitler,** Reichskanzler.)

(A) Unser Volk hat im Verlauf der letzten 14 Jahre auf allen Gebieten des Lebens einen Verfall erlitten, der größer kaum vorstellbar ist. Die Frage, was überhaupt in dieser Zeit noch schlimmer hätte kommen können, ist unter Berücksichtigung der Grundwerte unseres deutschen Volkes sowie der einst vorhanden gewesenen politischen und wirtschaftlichen Erbmasse nicht zu beantworten. Das deutsche Volk selbst hat trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Empfindungen und Stellungnahmen sich steigend von den in seinen Augen für diese Zustände verantwortlichen Auffassungen, Parteien und Verbänden abgewendet. Die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen ist trotz der suggestiven Bedeutung und rücksichtslosen Ausnützung der Regierungsgewalt am Ende nur mehr ein Bruchteil der gesamten Nation.

Es ist weiter das charakteristische Merkmal dieser vierzehn Jahre gewesen, daß, abgesehen von natürlichen Schwankungen, die Linie der Entwicklung konstant nach unten führte. Diese deprimierende Erkenntnis war mit eine der Ursachen der allgemeinen Verzweiflung. Sie förderte die Einsicht über die Notwendigkeit einer gründlichen Abkehr von den Ideen, Organisationen und Männern, in denen man mit Recht allmählich die tieferen Ursachen des Verfalls zu erkennen begann.

Die nationalsozialistische Bewegung vermochte daher trotz furchtbarster Unterdrückung immer mehr Deutsche geistes- und willensmäßig zum Abwehrkampf zu erfassen. Sie hat im Verein mit den anderen nationalen Verbänden nunmehr innerhalb weniger Wochen die seit dem November 1918 herrschenden Mächte beseitigt und in einer Revolution die öffentliche Gewalt in die Hände der nationalen Führung gelegt.

(B) Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akte seine Zustimmung erteilt.

Das Programm des Wiederaufbaus von Volk und Reich ergibt sich aus der Größe der Not unseres politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lebens. Erfüllt von der Überzeugung, daß dieser unser Zusammenbruch seine Ursache in inneren Schäden unseres Volkskörpers besitzt, ist es das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch für die Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden.

Der durch die marxistische Irrlehre systematisch herbeigeführte Zerfall der Nation in weltanschaulich unvereinbare Gegensätze bedeutet die Vernichtung der Basis eines möglichen Gemeinschaftslebens. Die Auflösung ergreift alle Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung. Die völlig gegensätzliche Einstellung der einzelnen zu den Begriffen Staat, Gesellschaft, Religion, Moral, Familie, Wirtschaft, Eigentum reißt Differenzen auf, die zum Kriege aller gegen alle führen. Ausgehend vom Liberalismus des vergangenen Jahrhunderts als Schrittmacher der Sozialdemokratie endet diese Entwicklung der Destruktion naturgesetzlich im kommunistischen Chaos; denn in dieser letzten Definition des Marxismus erfolgt die Propagierung der permanenten Revolution gegen alle Grundlagen unseres seitherigen Gemeinschaftslebens. Die damit verbundene Mobilisierung primitivster Instinkte führt zu einer Verbindung zwischen den Auffassungen einer politischen Idee und den Handlungen wirklicher Verbrecher, die in ihrer letzten Erfüllung jede wahre Kultur und Zivilisation vernichtet. Angefangen vom Straßenraub, der Plünderung von Geschäften, Brandstiftung und Eisenbahnfrevel bis zum Attentat erhält alles (C) als »politische Betätigung im Dienste der kommunistischen Idee« seine moralische Sanktion. Allein die Methode des individuellen und Massenterrors hat die nationalsozialistische Bewegung im Laufe weniger Jahre über 300 Tote und Zehntausende an Verletzten gekostet.

Die Brandstiftung im Reichstagsgebäude als mißglückter Versuch einer großangelegten Aktion ist nur ein Zeichen dessen, was Europa vom Siege dieser teuflischen Lehre der Zerstörung zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse — heute besonders außerhalb des Deutschen Reichs — versucht, entsprechend der durch den Kommunismus zum Prinzip erhobenen politischen Unwahrheit die nationale Erhebung Deutschlands mit dieser Schandtat zu identifizieren, dann kann mich das nur in meinem Entschlusse bestärken, nichts unversucht zu lassen, um in kürzester Frist dieses Verbrechen durch die öffentliche Hinrichtung des schuldigen Brandstifters und seiner Komplizen zu sühnen.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktionen dieser Organisation ist weder dem deutschen Volke noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen. Nur durch ihr blitzschnelles Zuschlagen hat die Regierung eine Entwicklung verhindert, die bei einem katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde, und manche von denen, die sich heute aus Haß gegen die nationale Erhebung innerhalb und außerhalb Deutschlands mit den Interessen des Kommunismus verbrüdern, würden selbst die Opfer einer solchen Entwicklung geworden sein. (D)

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinung nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch des übrigen Europas in unserem Lande restlos auszurotten und zu beseitigen. Sie wird nicht die Erkenntnis aus dem Auge verlieren, daß es sich dabei nicht nur um das negative Problem der Bekämpfung dieser Lehre und ihrer Organisationen handelt, sondern um die Durchführung der positiven Aufgabe der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Nur die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt, vermag allein auf die Dauer dieser Verirrung des menschlichen Geistes den Nährboden zu entziehen.

Die Erringung einer solchen weltanschaulichen Geschlossenheit des deutschen Volkskörpers ist um so wichtiger, als sich nur durch sie die Möglichkeit der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den außerdeutschen Mächten ergibt, ohne Rücksicht auf die sie beherrschenden Tendenzen oder weltanschaulichen Grundsätze; denn die Beseitigung des Kommunismus in Deutschland ist nur eine innerdeutsche Angelegenheit. Die übrige Welt mag daran insoweit interessiert sein, als der Ausbruch eines kommunistischen Chaos in dem dichtbesiedelten Deutschen Reich zu politischen und wirt-

(Hitler, Reichskanzler.)

(A) schaftlichen Folgeerscheinungen besonders im übrigen westlichen Europa führen würde, deren Ausmaße unvorstellbar sind.

Der innere Zerfall unserer Volksgemeinschaft führte zwangsläufig zu einer immer bedenklicher werdenden Schwächung der Autorität der obersten Staatsführung. Das Sinken des Ansehens der Reichsregierung, das sich aus solchen unsicheren inneren Verhältnissen zwangsläufig ergeben mußte, regte bei verschiedenen Parteien in einzelnen Ländern Vorstellungen an, die mit der Einheit des Reiches unverträglich sind. Alle Rücksichtnahme auf die Traditionswerte der Länder kann die bittere Erkenntnis nicht beseitigen, daß das Übermaß des zersplitterten eigenstaatlichen Lebens in der Vergangenheit der Welt- und Lebensstellung unseres Volkes nicht nur nicht nützlich, sondern oft wahrhaft verderblich war.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Es soll damit aber nicht die Aufgabe einer überlegenen Staatsführung sein, nachträglich das organisch gewachsene Gute nur wegen eines theoretischen Prinzips einer zügellosen Unitarisierung zu beseitigen. Es ist aber ihre Pflicht, die geistige und willensmäßige Einheit der Führung der Nation und damit den Reichsgedanken an sich über jeden Zweifel zu erheben. Die Wohlfahrt unserer Kommunen und unserer Länder hängt genau so wie die Existenz der einzelnen deutschen Menschen an der Kraft und Gesundheit des Reichs und bedarf des Schutzes, den dieses gewähren soll.

Die Reichsregierung beabsichtigt daher nicht, durch dieses Ermächtigungsgesetz die Länder aufzuheben. (B) Wohl aber wird sie diejenigen Maßnahmen treffen, die von nun ab und für immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intentionen im Reich und in den Ländern gewährleisten. Je größer diese geistige und willensmäßige Übereinstimmung, um so weniger Interesse kann für alle Zukunft für das Reich bestehen, das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der einzelnen Länder zu vergewaltigen.

(Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.)

Vollends unmöglich ist der in letzter Zeit eingerissene Zustand einer gegenseitigen Herabsetzung von Länder- und Reichsregierungen unter Zuhilfenahme der modernen Mittel der politischen Propaganda. Ich werde es unter keinen Umständen hinnehmen, und die Reichsregierung wird alle Maßnahmen dagegen treffen, daß in Zukunft jemals noch Minister deutscher Regierungen vor der Welt in öffentlichen Massenversammlungen, ja sogar unter Verwendung des Rundfunks sich gegenseitig anklagen oder herabsetzen.

(Beifall bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Es führt weiter zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaften in den Augen des Volkes, wenn selbst unter Annahme normaler Zeiten innerhalb von vier Jahren entweder im ganzen Reich oder in einzelnen Ländern das Volk an die 20mal zur Wahlurne getrieben wird. Die Reichsregierung wird den Weg finden, der aus einer einmal gegebenen Willensäußerung der Nation für das Reich und für die Länder zu einheitlichen Konsequenzen führt.

(Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Eine weitergehende Reform des Reichs wird sich nur (C) aus der lebendigen Entwicklung ergeben können. Ihr Ziel muß die Konstruktion einer Verfassung sein, die den Willen des Volks mit der Autorität einer wirklichen Führung verbindet. Die gesetzliche Legalisierung einer solchen Neugestaltung seiner Verfassung wird dem Volke selbst zugebilligt.

Die Regierung der nationalen Revolution sieht es hierbei grundsätzlich als ihre Pflicht an, entsprechend dem Sinn des ihr gegebenen Vertrauensvotums des Volkes diejenigen Elemente von der Einflußnahme auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewußt und mit Absicht dieses Leben negieren. Die theoretische Gleichheit vor dem Gesetz kann nicht dazu führen, grundsätzliche Verächter der Gesetze und der Gleichheit zu tolerieren, ja ihnen am Ende aus irgendeiner demokratischen Doktrin die Freiheit der Nation auszuliefern.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Sie wird die Gleichheit vor dem Gesetz aber allen denjenigen zubilligen, die in der Frage der Rettung unseres Volkes vor dieser Gefahr sich hinter die nationalen Interessen stellen und der Regierung ihre Unterstützung nicht versagen. Überhaupt soll es ihre höchste Aufgabe sein, die geistigen Führer dieser Vernichtungstendenz zur Verantwortung zu ziehen, die verführten Opfer aber zu retten. Sie sieht, insbesondere in den Millionen deutscher Arbeiter, die dieser Idee des Wahnsinns und der Selbstvernichtung huldigen, nur die Ergebnisse einer unverzeihlichen Schwäche früherer Regierungen, die die Verkündung und Vertretung von Ideen nicht verhinderten, deren praktische Verwirklichung sie selbst aber unter Strafe stellen mußten. (D)

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Die Regierung wird sich in dem Entschluß, diese Frage zu lösen, von niemand beirren lassen. Es ist Sache des Reichstags, nunmehr seinerseits eine klare Stellung einzunehmen. Am Schicksal des Kommunismus und der sich mit ihm verbrüdernden anderen Organisationen ändert dies nichts.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Die nationale Regierung trifft dabei ihre Maßnahmen unter keinem anderen Gesichtspunkt als dem, das deutsche Volk und insbesondere die Millionenmasse seiner arbeitenden Menschen vor namenlosem Elend zu bewahren. Sie sieht daher die Frage einer monarchischen Restauration schon aus dem Grunde des Vorhandenseins dieser Zustände zur Zeit als undiskutabel an.

(Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Sie würde den Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust in einzelnen Ländern als Angriff gegen die Reichseinheit ansehen müssen und demgemäß ihr Verhalten einrichten.

(Erneuter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Gleichlaufend mit dieser politischen Entgiftung unseres öffentlichen Lebens wird die nationale Regierung eine durchgreifende moralische Sanierung an unserem Volkskörper vornehmen. Unser gesamtes Erziehungswesen — das Theater, der Film, Literatur, Presse, Rundfunk — sie werden als Mittel zu diesem Zwecke angesehen und demgemäß gewürdigt. Sie haben alle der Erhaltung der im Wesen unseres Volkstums

(**Hitler,** Reichskanzler.)

(A) liegenden Ewigkeitswerte zu dienen; die Kunst wird stets Ausdruck und Spiegel der Sehnsucht oder der Wirklichkeit einer Zeit sein. Die Welt bürgerlicher Beschaulichkeit ist in raschem Schwinden begriffen. Der Heroismus erhebt sich leidenschaftlich als kommender Gestalter und Führer der Völkerschicksale. Es ist die Aufgabe der Kunst, Ausdruck dieses bestimmenden Zeitgeistes zu sein.

(Laute Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Blut und Rasse werden wieder zur Quelle der künstlerischen Intuition. Es wird dabei die Aufgabe der Regierung der Nationalen Erhebung sein, dafür zu sorgen, daß gerade in einer Zeit beschränkter politischer Macht der innere Lebenswert und Lebenswille der Nation einen um so gewaltigeren kulturellen Ausdruck finden.

(Erneuter starker Beifall.)

Dieser Entschluß verpflichtet zu dankbarer Bewunderung unserer großen Vergangenheit. Auf allen Gebieten des geschichtlichen und kulturellen Lebens soll die Kenntnis unserer Tradition der Stolz der Gegenwart sein und die Brücke in die Zukunft schlagen. Die Ehrfurcht vor den großen Männern muß der deutschen Jugend wieder als ein heiliges Vermächtnis eingehämmert werden.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung unseres öffentlichen Lebens durchzuführen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe, innere Religiosität. Die Vorteile personalpolitischer Art, die sich aus Kompromissen
(B) mit atheistischen Organisationen ergeben mögen, wiegen nicht annähernd die Folgen auf, die in der Zerstörung der allgemeinen religiös-sittlichen Grundwerte sichtbar werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren; ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erhebung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenübertreten. Sie kann aber niemals dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse eine Entbindung von allgemeingesetzlichen Verpflichtungen sein könnte oder gar ein Freibrief für straflose Begehung oder Tolerierung von Verbrechen.

(Starker Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien.)

Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat.

Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebensosehr den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens. (C)

Unser Rechtswesen muß in erster Linie der Erhaltung dieser Volksgemeinschaft dienen. Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß die Elastizität der Urteilsfindung zum Zweck der Erhaltung der Gesellschaft entsprechen. Nicht das Individuum kann der Mittelpunkt der gesetzlichen Sorge sein, sondern das Volk!

(Bravo!)

Landes- und Volksverrat sollen künftig mit barbarischer Rücksichtslosigkeit ausgebrannt werden!

(Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

Der Boden der Existenz der Justiz kann kein anderer sein als der Boden der Existenz der Nation. Möge diese daher auch stets die Schwere der Entscheidungen derer berücksichtigen, die unter dem harten Zwang der Wirklichkeit das Leben der Nation verantwortlich zu gestalten haben.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Groß sind die Aufgaben der nationalen Regierung auf den Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Hier wird ein Gesetz alles Handeln bestimmen: Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes
nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden (D)
Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch stärkste Förderung der privaten Initiative unter Anerkennung des Privateigentums.

(Bravo!)

Allein, zwischen der produktiven Intention einerseits und der produktiven Arbeit andererseits muß ein gerechter Ausgleich hergestellt werden,

(sehr richtig! rechts)

und die Verwaltung soll die Ergebnisse der Fähigkeit des Fleißes und der Arbeit durch Sparsamkeit respektieren.

(Erneuter Beifall rechts.)

Auch das Problem unserer öffentlichen Finanzen ist nicht zuletzt das Problem einer sparsamen Verwaltung.

Die Reform unseres Steuerwesens, die unausbleiblich ist, muß zu einer Vereinfachung der Veranlagung, der Durchführung und in der Folge zu einer Minderung der Selbstkosten führen. Grundsätzlich soll die Steuermühle in den Strom gebaut werden und nicht an die Quellen.

(Sehr gut! rechts.)

Im Zuge einer gesamten Vereinfachung unserer Verwaltung muß eine Verminderung unserer öffentlichen Lasten eintreten.

Diese langsame Entbürokratisierung und Vereinfachung der Staatsverwaltung im Reich und in den Ländern sowie die Durchführung einer Reform unseres Steuerwesens sind nicht Fragen des Augenblicks, sondern einer nach den Erfordernissen zu bemessenden Zeit.

(**Hitler,** Reichskanzler.)

(A) Die Regierung wird grundsätzlich Währungsexperimente vermeiden.

(Beifall.)

Über allem aber stehen zwei Wirtschaftsaufgaben erster Ordnung. Die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Die Vernichtung dieses Standes in unserem Volke würde zu den denkbar schwersten Konsequenzen führen. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mag für den Konsumenten hart sein; das Schicksal aber, das das ganze Volk träfe, wenn der deutsche Bauer zugrunde ginge, wäre mit dieser Härte gar nicht zu vergleichen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Nur im Zusammenhang mit der unter allen Umständen zu erreichenden Rentabilität unserer Landwirtschaft kann die Frage eines Vollstreckungsschutzes beziehungsweise einer Entschuldung gelöst werden. Würde dies nicht gelingen, müßte die Vernichtung unserer Bauern nicht nur zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft überhaupt, sondern vor allem zum Zusammenbruch des deutschen Volkskörpers führen. Seine Gesunderhaltung ist aber auch die erste Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen unserer Industrie, für den deutschen Binnenhandel und für den deutschen Export.

(Sehr gut! rechts.)

Ohne das Gegengewicht des deutschen Bauerntums hätte der kommunistische Wahnsinn schon jetzt Deutschland überrannt und damit die deutsche Wirtschaft (B) endgültig vernichtet.

(Sehr wahr! rechts.)

Was die Gesamtwirtschaft einschließlich unserer Exportindustrie dem gesunden Sinn des deutschen Bauern verdankt, kann überhaupt durch kein Opfer geschäftlicher Art irgendwie abgegolten werden. Es muß daher auch der weiteren Besiedelung des deutschen Bodens in Zukunft die höchste Sorge gelten.

Im übrigen ist sich die nationale Regierung darüber im klaren, daß die endgültige Behebung der Not sowohl unserer bäuerlichen als auch unserer städtischen Wirtschaft abhängt von der Eingliederung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozeß, und hierin sieht die Regierung ihre zweite größte und gewaltigste wirtschaftliche Aufgabe. Sie kann nur gelöst werden im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Befriedung, mit der Wiederherstellung der Autorität eines Regiments der Durchsetzung gesunder, weil natürlicher wirtschaftlicher Grundsätze sowie der Ergreifung aller derjenigen Maßnahmen, die notwendig sind, auch wenn sie, im Augenblick gesehen, auf keine Popularität rechnen können. Arbeitsbeschaffung und Arbeitsdienstpflicht sind hierbei nur Einzelmaßnahmen im Rahmen des Gesamtangriffs.

Ähnlich ihrer Einstellung zum deutschen Bauern ist die Einstellung der nationalen Regierung gegenüber unserem Mittelstand. Auch seine Rettung kann nur im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Aktion erfolgen. Die Regierung ist entschlossen, diese Fragen grundsätzlich und durchgreifend zu lösen.

Sie erkennt hierbei die geschichtliche Aufgabe, die Millionenmasse der deutschen Arbeiter im Daseinskampf um ihre Lebensrechte zu stützen und zu fördern. Als Kanzler und als Nationalsozialist fühle ich mich (C) selbst mit ihnen als den einstigen Gefährten meiner Jugend verbunden.

(Stürmische Rufe: Bravo!)

Die Steigerung der Konsumkraft dieser Massen wird ein wesentliches Mittel zur wirtschaftlichen Belebung sein.

Unter Aufrechterhaltung unserer sozialen Gesetzgebung wird durch Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der erste Schritt zu einer Reform stattfinden müssen. Grundsätzlich soll aber die Nutzbarmachung jeder Arbeitskraft im Dienste der gesamten Gemeinschaft vertreten werden. Das Brachliegenlassen von Milliarden menschlicher Arbeitsstunden ist ein Wahnsinn und ein Verbrechen,

(sehr richtig!)

das zu einer Verarmung aller führen muß. Ganz gleich, welche Werte durch eine Verwendung unserer überschüssigen Arbeitskraft geschaffen worden wären, sie würden für Millionen Menschen, die heute in Not und Elend verkommen, unentbehrliche Lebensgüter darstellen können. Es muß und wird der organisatorischen Fähigkeit unseres Volkes gelingen, diese Frage zu lösen.

Wir wissen, daß die geographische Lage des rohstoffarmen Deutschlands eine Autarkie für unser Reich nicht völlig zuläßt. Es muß immer wieder betont werden, daß der Reichsregierung nichts ferner liegt als Exportfeindlichkeit. Wir wissen, daß wir die Verbindung mit der Welt nötig haben und daß die Arbeit für den Absatz der deutschen Waren in der Welt viele Millionen deutscher Volksgenossen ernährt. Wir wissen aber auch, welcher Art die Voraussetzungen für den gesunden Leistungsaustausch zwischen den Völkern der Erde sind. (D) Deutschland war Jahre hindurch gezwungen, Leistungen ohne Gegenleistungen zu machen.

(Zustimmung.)

Daraus ergibt sich heute, daß im tiefsten Grunde die Aufgabe, Deutschland als tätiges Glied im Warenaustausch zwischen den Völkern zu erhalten, weniger eine handelspolitische als eine finanzpolitische ist.

(Erneute Zustimmung.)

Solange man uns eine sachgemäße und unserer Kraft entsprechende Regelung der Auslandsschulden nicht zugebilligt hat, sind wir leider auch zur Aufrechterhaltung der Devisenzwangswirtschaft gezwungen.

(Sehr richtig!)

Die Reichsregierung ist auch um deswillen verpflichtet, gegen den Abfluß des Kapitals über die Grenzen einen Damm aufzurichten, weil sie in der Erhaltung des Wertes der Reichsmark eine wesentliche Aufgabe erblickt.

Wenn die Reichsregierung sich in ihrer Wirtschaftspolitik von diesen Grundsätzen leiten läßt, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das wachsende Verständnis des Auslandes für Deutschlands Lage und für die Notwendigkeit der ergriffenen Maßnahmen die Eingliederung unseres Reiches in den friedlichen Wettbewerb der Nationen erleichtert.

Die Förderung des Verkehrs muß zu einem vernünftigen Ausgleich der Interessen der verschiedenen Verkehrsmittel führen. Schon zu Beginn des kommenden Monats wird durch die Reform der Kraftfahrzeugsteuer ein erster Schritt in dieser Richtung getan. Die

(**Hitler,** Reichskanzler.)

(A) Erhaltung der Reichsbahn und ihre möglichst schnelle Zurückführung in den Besitz des Reiches ist eine Aufgabe, die uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch verpflichtet.

(Stürmische Zustimmung.)

Die Entwicklung des Luftverkehrs als ein Mittel friedlicher Verbindung der Völker untereinander wird die nationale Regierung mit Eifer pflegen.

Bei all dieser ihrer Tätigkeit bedarf die Regierung der Unterstützung nicht nur der allgemeinen Kräfte in unserem Volke, die in weitestem Umfange heranzuziehen sie gewillt und entschlossen ist, sondern besonders auch der hingebenden Treue und Arbeit unseres Berufsbeamtentums. Nur bei zwingendster Not angesichts der Lage der öffentlichen Finanzen sollen hier Eingriffe stattfinden. Allein auch dann wird strenge Gerechtigkeit das oberste Gesetz des Handelns sein.

(Bravo!)

Der Schutz der Grenzen des Reichs und damit des Lebens unseres Volkes und der Existenz unserer Wirtschaft liegt heute bei unserer Reichswehr, die entsprechend den uns im Versailler Vertrag auferlegten Bedingungen als einzig wirklich abgerüstete Armee der Welt anzusehen ist.

(Sehr richtig!)

Trotz der dadurch bedingten Kleinheit und gänzlich ungenügenden Bewaffnung dieses Heeres darf das deutsche Volk mit stolzer Befriedigung auf seine Reichswehr sehen.

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Unter schwersten Verhältnissen ist dieses kleine In-
(B) strument unserer nationalen Selbstverteidigung entstanden und entwickelt worden; in seinem Geiste ist es der Träger unserer besten soldatischen Tradition.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

In peinlicher Gewissenhaftigkeit hat das deutsche Volk aber damit seine ihm im Friedensvertrag auferlegten Pflichten erfüllt. Ja selbst der uns genehmigte Ersatz der Schiffe unserer Flotte ist — ich darf wohl sagen: leider! — nur zu einem kleinen Teil vollzogen worden. Deutschland wartet nun seit Jahren auf die Einlösung des Versprechens der übrigen Welt, dieser unserer Abrüstung zu folgen. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Vermehrung des deutschen Heeres und unserer Waffen absehen zu können, sofern endlich die andere Welt geneigt ist, auch ihre Verpflichtung zu einer radikalen Abrüstung zu vollziehen.

(Langanhaltender, immer wieder neu einsetzender stürmischer Beifall.)

Denn Deutschland will nichts als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit. Für diesen Geist des Freiheitswillens allerdings wird die nationale Regierung das deutsche Volk erziehen.

(Lebhaftes Bravo.)

Die Ehre der Nation, die Ehre unserer Armee, das Ideal der Freiheit, sie müssen im deutschen Volke wieder heilig werden.

(Erneuter stürmischer Beifall.)

Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben. Die Regierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Beseitigung einer Scheidung der Völker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die (C)
Begriffe von Siegernationen und von Besiegten können nicht als eine dauernde Basis freundschaftlicher Beziehungen der Völker untereinander gelten. Die ewige Offenhaltung dieser Wunde führt den einen zum Mißtrauen, den anderen zum Haß und damit zu einer allgemeinen Unsicherheit.

(Zustimmung.)

Die nationale Regierung ist bereit, jedem Volke die Hand zu einer aufrichtigen Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit endlich einmal grundsätzlich abzuschließen. Die Not der Welt kann nur vergehen, wenn innerhalb der Völker und untereinander durch stabile Verhältnisse wieder Vertrauen geschaffen wird. Denn folgende Voraussetzungen sieht die nationale Regierung für die Behebung der allgemeinen Wirtschaftskatastrophe als notwendig an: Erstens eine unbedingte Autorität der politischen Führung im Innern zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilität der Verhältnisse;

(sehr richtig!)

zweitens eine Sicherstellung des Friedens durch die wirklich großen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander;

(bravo!)

drittens den endlichen Sieg der Grundsätze der Vernunft in der Organisation und Führung der Wirtschaft sowie eine allgemeine internationale Entlastung von Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen.

(Lebhaftes Bravo.) (D)

Leider stehen wir vor der Tatsache, daß die Genfer Konferenz trotz langer Verhandlungen bisher kein praktisches Ergebnis erzielt hat. Die Entscheidung über die Herbeiführung wirklicher Abrüstungsmaßnahmen ist immer wieder durch das Aufwerfen technischer Einzelfragen und das Hereinziehen von Problemen, die mit Abrüstung nichts zu tun haben, verzögert worden.

(Sehr richtig!)

Dieses Verfahren ist untauglich. Der rechtswidrige Zustand einer einseitigen Abrüstung und der daraus resultierenden nationalen Unsicherheit Deutschlands kann nicht länger dauern. Als ein Zeichen des Gefühls der Verantwortung und des guten Willens erkennen wir es an, daß die britische Regierung in ihren letzten Vorschlägen in Genf den Versuch gemacht hat, die Konferenz endlich zu schnellen Entscheidungen zu bringen. Die Reichsregierung wird jede Bemühung unterstützen, die darauf gerichtet ist, einer allgemeinen Abrüstung wirksam zu dienen und den dabei schon längst fälligen Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung sicherzustellen.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Allein seit vierzehn Jahren sind wir abgerüstet, und seit vierzehn Monaten warten wir auf ein Ergebnis der Abrüstungskonferenz.

(Sehr richtig! rechts.)

Umfassender noch ist der Plan des Chefs der italienischen Regierung, der großzügig und weitblickend versucht, der gesamteuropäischen Politik eine ruhige und folgerichtige Entwicklung zu sichern. Wir messen diesem

(**Hitler,** Reichskanzler.)

(A) Plan die ernsteste Bedeutung bei. Wir sind bereit, auf dieser Grundlage in voller Aufrichtigkeit mitzuarbeiten an dem Versuch, die vier Mächte Deutschland, Italien, England und Frankreich zu einer friedlichen politischen Zusammenarbeit zusammenzuschließen, die mutig und entschlossen an die Aufgaben herangeht, von denen das Schicksal Europas abhängt.

(Beifall rechts.)

Aus diesem Anlaß empfinden wir besonders dankbar die verständnisvolle Herzlichkeit, mit der die nationale Erhebung Deutschlands in Italien begrüßt worden ist.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Wir wünschen und hoffen, daß die Gleichheit der geistigen Ideale die Grundlage für eine stetige Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein wird.

Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes sieht, den größten Wert darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle weiter zu pflegen und auszugestalten.

(Bravo! im Zentrum.)

Gegenüber unserem Brudervolk in Österreich empfinden wir alle das Gefühl der innersten Anteilnahme an seinen Sorgen und Nöten. Die Reichsregierung ist sich in ihrem Handeln der Verbundenheit des Schicksals aller deutschen Stämme bewußt.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

(B) Die Einstellung zu den übrigen einzelnen fremden Mächten ergibt sich aus dem bereits Erwähnten. Aber auch da, wo die gegenseitigen Beziehungen heute noch mit Schwierigkeiten belastet sind, wollen wir uns ehrlich bemühen, einen Ausgleich zu finden. Allerdings kann die Grundlage einer Verständigung niemals die Aufrechterhaltung der Unterscheidung in Sieger und Besiegte sein.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei.)

Wir sind denn auch der Überzeugung, daß ein solcher Ausgleich in unserem Verhältnis zu Frankreich möglich ist, wenn die Regierungen die sie betreffenden Probleme beiderseits wirklich weitschauend in Angriff nehmen.

Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt.

Das Verhältnis zu den übrigen Ländern verdient (C) auch in der Zukunft unsere ernsteste Aufmerksamkeit, insbesondere zu den großen überseeischen Staaten, mit denen Deutschland seit langem durch Freundschaft und wichtigste wirtschaftliche Interessen verbunden ist.

Das Schicksal der Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches, die als besondere Volksgruppen innerhalb fremder Völker um die Wahrung ihrer Sprache, Kultur, Sitte und Religion kämpfen, wird uns stets bewegen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten garantierten internationalen Rechte einzutreten.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Wir begrüßen den Plan einer Weltwirtschaftskonferenz und sind mit ihrem baldigen Zusammentritt einverstanden. Die Reichsregierung ist bereit, mitzuarbeiten, um endlich positive Ergebnisse zu erlangen.

Die wichtigste Frage ist das Problem unserer privaten kurzfristigen und langfristigen äußeren Verschuldung. Die völlige Veränderung des Verhältnisses der Warenwerte erfordert eine Anpassung der privaten Schulden an diese veränderten Verhältnisse im Interesse der Gläubiger sowohl als der Schuldner.

Nur aus einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kann eine wirkliche Behebung der allgemeinen Sorgen erwachsen. Zehn Jahre eines aufrichtigen Friedens werden für die Wohlfahrt aller Nationen nützlicher sein als eine 30 Jahre lange Verrennung in die Begriffe von Siegern und Besiegten.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten, bei den Deutschnationalen und bei der Bayerischen Volkspartei.) (D)

Um die Regierung in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die innerhalb dieses allgemein gekennzeichneten Rahmens liegen, hat sie im Reichstag durch die beiden Parteien der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen das Ermächtigungsgesetz einbringen lassen. Ein Teil der beabsichtigten Maßnahmen erfordert die verfassungsändernde Mehrheit. Die Durchführung dieser Aufgaben bzw. ihre Lösung ist notwendig. Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen und dem beabsichtigten Zweck nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstags erhandeln und erbitten. Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag als solchen aufzuheben; im Gegenteil, sie behält sich auch für die Zukunft vor, ihn von Zeit zu Zeit über ihre Maßnahmen zu unterrichten oder aus bestimmten Gründen, wenn zweckmäßig, auch seine Zustimmung einzuholen.

(Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Die Autorität und damit die Erfüllung der Aufgaben der Regierung würden aber leiden, wenn im Volke Zweifel an der Stabilität des neuen Regiments entstehen könnten.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Sie hält vor allem eine weitere Tagung des Reichstags im heutigen Zustand der tiefgehenden Erregung der Nation für unmöglich. Es ist kaum eine Revolution von so großem Ausmaß so diszipliniert und un-

(**Hitler**, Reichskanzler.)

(A) blutig verlaufen wie die der Erhebung des deutschen Volks in diesen Wochen.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Es ist mein Wille und meine feste Absicht, für diese ruhige Entwicklung auch in Zukunft zu sorgen. Allein um so nötiger ist es, daß der nationalen Regierung jene souveräne Stellung gegeben wird, die in einer solchen Zeit allein geeignet ist, eine andere Entwicklung zu verhindern.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Die Regierung beabsichtigt dabei, von diesem Gesetz nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Weder die Existenz des Reichstags noch des Reichsrats soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und die Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt; die innere Übereinstimmung mit seinem Willen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein.

(Bravo! rechts.)

Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert.

Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz die Zuflucht zu nehmen, an sich eine begrenzte. Um so mehr aber besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes. Sie zieht in jedem Falle eine klare Entscheidung vor. Sie bietet den Parteien des Reichstags die Möglichkeit einer (B) ruhigen deutschen Entwicklung und einer sich daraus in der Zukunft anbahnenden Verständigung; sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstands entgegenzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. — Beifall bei den Deutschnationalen. — Heil-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Präsident Göring: Ich schlage vor, daß das Haus sich nach dieser Erklärung der Reichsregierung, die wie keine andere die Probleme aufgezeigt und ihre Lösung angezeigt hat, nach diesem Dokument der deutschen Entwicklung auf die Dauer von zwei Stunden vertagt und daß wir die nächste Sitzung in zwei Stunden ansetzen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Esser (Euskirchen).

Esser (Euskirchen) (Z), Abgeordneter: Der Ältestenrat hat sich in seiner heutigen Sitzung einstimmig dahin verständigt, daß die Unterbrechung der Sitzung drei Stunden dauern soll und daß nach dieser Pause, also noch im Laufe des Tages, die Besprechung der Regierungserklärung und die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes in drei Lesungen erfolgen soll. Ich bitte, es bei dieser Vereinbarung des Ältestenrats zu belassen.

Präsident Göring: Dann schlage ich vor, die Sitzung auf drei Stunden zu unterbrechen und den Wiederbeginn auf 6 Uhr 15 Minuten anzusetzen. (C)

(Unterbrechung der Sitzung von 3 Uhr 12 Minuten bis 6 Uhr 16 Minuten.)

(Die nationalsozialistischen Mitglieder stimmen das Deutschland-Lied an, in das die Versammelten begeistert einstimmen.)

Präsident Göring: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir beginnen mit der

Besprechung der **Regierungserklärung**

in Verbindung mit der

ersten Beratung des Antrages Dr. Frick, Dr. Oberfohren u. Gen. (Nr. 6 der Drucksachen).

Das Wort hat der Abgeordnete Wels.

Wels (SPD), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, daß ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) (D)

Nie hat uns irgendein Grundsatz unserer Partei daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat auch vorgestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: »Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft.« Dieser Satz gilt für die Außenpolitik; für die Innenpolitik gilt er nicht minder.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch hier ist die Theorie von ewigen Siegern und Besiegten, wie der Herr Reichskanzler sagte, ein Aberwitz.

Das Wort des Herrn Reichskanzlers erinnert uns aber auch an ein anderes, das am 23. Juli 1919 in der Nationalversammlung gesprochen wurde. Da wurde gesagt: »Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel. Aber daß dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, da es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist unser Glaube bis zum letzten Atemzug.«

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Nationalsozialisten: Wer hat das gesagt?)

(Wels (SPD), Abgeordneter.)

(A) — Das steht in einer Erklärung, die eine sozialdemokratisch geführte Regierung damals im Namen des deutschen Volkes vor der ganzen Welt abgegeben hat, vier Stunden bevor der Waffenstillstand abgelaufen war, um den Weitervormarsch der Feinde zu verhindern. — Zu dem Ausspruch des Herrn Reichskanzlers bildet jene Erklärung eine wertvolle Ergänzung.

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen;

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

im Innern erst recht nicht.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungs(B)gesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Meine Damen und Herren! Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen. Was meine Partei betrifft, so erkläre ich hier: wir haben weder in Paris um Intervention gebeten, noch Millionen nach Prag verschoben, noch übertreibende Nachrichten ins Ausland gebracht.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inlande eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres vom Falschen scheidet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen be- (C) zeugen könnten, daß die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das, meine Herren, liegt bei Ihnen.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist

(Lachen bei den Nationalsozialisten)

und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine erdrückende Mehrheit wäre Ihnen in diesem Hause gewiß. Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Aber dennoch wollen Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um Ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. Das Volk erwartet positive Leistungen. Es wartet auf (D) durchgreifende Maßnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht.

Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben.

(Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

(**Wels** (SPD), Abgeordneter.)

(A) Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht — —

(Lachen bei den Nationalsozialisten. — Bravo! bei den Sozialdemokraten)

verbürgen eine hellere Zukunft.

(Wiederholter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Präsident Göring: Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

(Stürmische Heil-Rufe von den Nationalsozialisten.)

Hitler, Reichskanzler: Spät kommt ihr, doch ihr kommt!

(B) (Lebhafte Zustimmung von den Nationalsozialisten.)

Die schönen Theorien, die Sie, Herr Abgeordneter, soeben hier verkündeten, sind der Weltgeschichte etwas zu spät mitgeteilt worden.

(Heitere Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Vielleicht hätten diese Erkenntnisse, praktisch angewendet vor Jahren, die heutigen Klagen von Ihnen erspart.

Sie erklären, daß die Sozialdemokratie unser außenpolitisches Programm unterschreibt, daß sie die Kriegsschuldlüge ablehnt, daß sie gegen die Reparationen sich wende. Nun erhebe ich nur die eine Frage: Wo war denn dieser Kampf in der Zeit, in der Sie die Macht in Deutschland hatten?

(Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.)

Sie hatten einst die Möglichkeit, dem deutschen Volke das Gesetz des inneren Handelns vorzuschreiben. Sie haben es auch auf anderen Gebieten gekonnt. Es wäre genau so möglich gewesen, der deutschen Revolution, die von Ihnen mit ausgegangen, denselben Schwung und dieselbe Richtung zu geben, die einst Frankreich seiner Erhebung im Jahre 1870 gegeben hat.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Es wäre in Ihrem Ermessen gewesen, die deutsche Erhebung zu einer wirklich nationalen zu gestalten, und Sie hätten dann das Recht gehabt, wenn die Fahne der neuen Republik nicht siegreich zurückgekommen wäre, immerhin zu erklären: Wir haben das Äußerste getan, um diese Katastrophe durch den letzten Appell an die Kraft des deutschen Volkes abzuwenden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

In der Zeit mieden Sie den Kampf, den Sie heute in Worten plötzlich der Mitwelt mitteilen wollen. (C)

Sie sagen, daß wehrlos nicht ehrlos ist. Nein, das braucht es nicht zu sein. Auch wenn wir wehrlos sein müßten: ich weiß, wir würden nicht ehrlos sein. Unsere Bewegung war dank der Unterdrückung durch Ihre Partei jahrelang wehrlos gemacht worden, ehrlos ist sie nie gewesen.

(Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Ich bin der Überzeugung, daß wir dem deutschen Volke den Geist einimpfen werden, der es auch bei seiner heutigen Wehrlosigkeit sicherlich, Herr Abgeordneter, nicht ehrlos sein lassen wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Auch hier lag es ja an Ihnen, die Sie fast vierzehn Jahre lang die Macht besessen haben,

(Rufe bei den Sozialdemokraten: O nein!)

dafür zu sorgen, daß dieses deutsche Volk der Welt das Beispiel einer Ehre gegeben hätte. Es lag an Ihnen, dafür zu sorgen, daß, wenn schon die äußere Welt uns unterdrückt, die Art, in der das deutsche Volk diese Unterdrückung entgegennimmt, dann aber wenigstens eine würdige ist. Sie hatten die Gelegenheit, gegen alle die Erscheinungen der Entwürdigung unseres Volkes aufzutreten. Der Landesverrat konnte von Ihnen genau so beseitigt werden, wie er von uns beseitigt werden wird.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Sie haben kein Recht, diesen Anspruch überhaupt auf sich zu beziehen; denn dann hätten Sie damals, in jener Stunde, da jede Revolution Hochverrat in Tateinheit mit Landesverrat sein mußte, zu dieser Handlung nicht, auch nicht einmal indirekt, Ihre Hand bieten dürfen. Und Sie hätten es vermeiden müssen, daß man dann dem deutschen Volke auf Wunsch und Befehl des Auslands eine neue Verfassung aufoktroyierte. Denn das ist nicht ehrenvoll, sich vom Feinde seine innere Gestaltung aufzwingen zu lassen. (D)

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien.)

Und Sie hätten weiter sich damals zur deutschen Trikolore bekennen müssen, und nicht Farben, die der Feind in Flugblättern in unsere Gräben warf,

(erneuter starker Beifall rechts)

weil man gerade in einer Zeit der Not und der Unterdrückung durch den Gegner erst recht seinen Stolz zeigen und sich erst recht zu seinem Volk und zu den Symbolen seines Volks bekennen muß. Sie hätten dann Gelegenheit gehabt, selbst wenn die Umwelt uns gezwungen hätte, das alles preiszugeben, was uns früher hoch und heilig war, in der inneren Ausführung die nationale Ehre der Welt gegenüber in die Erscheinung treten zu lassen. Sie haben dafür kein Verständnis gehabt!

(Sehr richtig! rechts.)

Sie sagen: Gleiches Recht! So wie wir es nach außen hin wünschen, so wünschen wir es auch nach innen. Für dieses »gleiche Recht«, Herr Abgeordneter Wels, haben wir vierzehn Jahre gekämpft! Dieses

(Hitler, Reichskanzler.)

(A) gleiche Recht des nationalen Deutschlands haben Sie nicht gekannt! Also reden Sie heute nicht von gleichem Recht!

(Lauter Beifall rechts.)

Sie sagen, man solle einen Besiegten nicht für vogelfrei erklären. Nun, Herr Abgeordneter, vogelfrei sind wir gewesen, solange Sie die Macht hatten.

(Erneuter stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Präsidenten Göring: Severing!)

Sie reden von Verfolgungen. Ich glaube, es sind wenige nur unter uns hier, die nicht die Verfolgungen von Ihrer Seite im Gefängnis büßen mußten. Es sind wenige unter uns, die nicht die Verfolgungen von Ihrer Seite in tausendfältigen Schikanen und in tausendfältiger Unterdrückung zu spüren bekommen haben!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Und außer uns hier weiß ich eine Schar von Hunderttausenden, die einem System der Verfolgung ausgesetzt waren, das entwürdigend, ja geradezu niederträchtig sich an ihnen ausließ! Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß man uns jahrelang die Hemden herunterriß, weil Ihnen die Farbe nicht paßte.

(Stürmische Pfui-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Bleiben Sie jetzt nur im Bereich der Wirklichkeit! Aus Ihren Verfolgungen sind wir gewachsen!

Sie sagen weiter, daß die Kritik heilsam sei. Gewiß, wer Deutschland liebt, der mag uns kritisieren; wer (B) aber eine Internationale anbetet, der kann uns nicht kritisieren!

(Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

Auch hier kommt Ihnen die Erkenntnis reichlich spät, Herr Abgeordneter. Die Heilsamkeit der Kritik hätten Sie in der Zeit erkennen müssen, als wir uns in Opposition befanden. Damals sind Ihnen diese Zitate noch nicht zu Gesicht gekommen, sondern damals hat man unsere Presse verboten und verboten und wieder verboten, unsere Versammlungen verboten und uns das Reden verboten und mir das Reden verboten, jahrelang! Und jetzt sagen Sie: Kritik ist heilsam!

(Lachen bei den Nationalsozialisten. — Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Göring: Reden Sie keine Geschichten und hören Sie sich das jetzt an!

(Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Hitler, Reichskanzler: Sie beklagen, daß die Welt am Ende auch unwirkliche Tatsachen über die Zustände in Deutschland erfährt. Sie beklagen, daß man der Welt mitteilt, jeden Tag würden an israelitischen Friedhöfen in Berlin zerstückelte Leichname abgeliefert. Es beklemmt Sie das, Sie möchten so gern der Wahrheit die Ehre geben! O, Herr Abgeordneter, Ihrer Partei mit Ihren internationalen Beziehungen müßte es spielend leicht sein, die Wahrheit festzustellen. Und nicht nur das, ich lese in diesen Tagen die Zeitungen Ihrer eigenen sozialdemokratischen Bruderparteien in Deutsch-Österreich. Niemand hindert Sie, dorthin Ihre Erkenntnis der Wahrheit zu verbreiten. (C)

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Das ist geschehen!)

— Ich werde neugierig sein, inwieweit die Kraft Ihrer internationalen Bindungen auch hier wirksam wird.

(Heiterkeit bei den Nationalsozialisten. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Wollen Sie mich bitte sprechen lassen, ich habe Sie nicht unterbrochen! Ich habe Ihre Zeitung im Saargebiet gelesen, Herr Abgeordneter, und dieses Blatt treibt nichts anderes als dauernd Landesverrat, Herr Abgeordneter Wels,

(entrüstete Zurufe der Nationalsozialisten)

versucht dauernd dem Ausland gegenüber, Deutschland zu belasten,

(lebhafte Rufe bei den Nationalsozialisten: Pfui! Gemeinheit!)

unser Volk vor der Welt mit Lügen in eine schiefe Lage zu bringen!

Sie sprechen von mangelnder Rechtssicherheit. Meine Herren der Sozialdemokratischen Partei! Ich habe die Revolution ja im Jahre 1918 auch gesehen. Ich muß schon wirklich sagen: wenn wir nicht das Gefühl für das Recht hätten, dann wären wir nicht hier, und Sie säßen auch nicht da!

(Lebhaftes Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Sie haben im Jahre 1918 sich gegen die gewendet, die Ihnen nichts getan hatten. (D)

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Wir beherrschen uns, gegen die ~~uns~~ zu wenden, die uns vierzehn Jahre lang gequält und gepeinigt haben.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Sie sagen, die nationalsozialistische Revolution habe nichts mit Sozialismus zu tun, sondern der »Sozialismus« bestehe nur darin, daß man die »einzige Trägerin des Sozialismus in Deutschland«, die S. P. D., verfolge.

(Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Sie sind wehleidig, meine Herren, und nicht für die heutige Zeit bestimmt, wenn Sie jetzt schon von Verfolgungen sprechen. Was ist Ihnen geschehen? Sie sitzen hier, und geduldig hört man Ihren Redner an.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.)

Sie reden von Verfolgung. Wer hat Sie denn bisher verfolgt?

(Präsident Göring: Sehr richtig!)

Sie sagen, Sie seien der einzige Träger des Sozialismus. Sie sind der Träger jenes geheimnisvollen Sozialismus gewesen, den das deutsche Volk in der Wirklichkeit niemals zu sehen erhielt.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.)

(Hitler, Reichskanzler.)

(A) Sie reden heute von Ihren Leistungen und von Ihren Taten; Sie erzählen, was alles Sie beabsichtigten. An den Früchten soll man auch Sie erkennen!

(Stürmische Zustimmung und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Die Früchte zeugen gegen Sie!

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Wenn das Deutschland, das Sie in vierzehn Jahren zeugten, das Spiegelbild Ihres sozialistischen Wollens ist, dann, meine Herren, geben Sie uns gefälligst vier Jahre Zeit, um Ihnen das Spiegelbild unseres Wollens zu zeigen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Sie sagen: »Sie wollen nun den Reichstag ausschalten, um die Revolution fortzusetzen.« Meine Herren, dazu hätten wir es nicht nötig gehabt, erst zu dieser Wahl zu schreiten, noch diesen Reichstag einzuberufen, noch diese Vorlage hier einbringen zu lassen. Den Mut, uns auch anders mit Ihnen auseinanderzusetzen, hätten wir wahrhaftigen Gott gehabt!

(Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Sie sagen weiter, daß die Sozialdemokratie auch von uns nicht weggedacht werden kann, weil sie die erste gewesen sei, die diese Plätze hier freigemacht hätte für das Volk, für die arbeitenden Menschen und nicht nur für Barone oder Grafen. In allem, Herr Abgeordneter, kommen Sie zu spät! Warum haben Sie über diese Ihre Gesinnung nicht beizeiten Ihren Freund (B) Grzesinski, warum nicht Ihre anderen Freunde Braun und Severing belehrt, die jahrelang mir vorwarfen, ich sei doch nur ein Anstreichergeselle! — —

(Lebhafte Zustimmung und entrüstete Zurufe bei den Nationalsozialisten: Pfui! — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe von den Nationalsozialisten: Natürlich haben Sie das gesagt!)

— Jahrelang haben Sie das auf Plakaten behauptet. — —

(Erneuter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Nationalsozialisten: Ruhe! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Göring: Jetzt rechnet der Kanzler ab! (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Hitler, Reichskanzler: — Und endlich hat man mir sogar gedroht, mich mit der Hundepeitsche aus Deutschland hinauszutreiben!

(Pfui-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Dem deutschen Arbeiter werden wir Nationalsozialisten von jetzt ab die Bahn freimachen zu dem, was er fordern und verlangen kann. Wir Nationalsozialisten werden seine Fürsprecher sein; Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten), sind nicht mehr benötigt!

(Sehr gut! und langanhaltender, stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Sie sprechen weiter davon, daß nicht die Macht entscheidend sei, sondern das Rechtsbewußtsein. Dieses Rechtsbewußtsein haben wir vierzehn Jahre lang in unserem Volk zu erwecken versucht, und es ist durch uns erweckt worden. Allerdings, ich glaube nun einmal nach (C) den eigenen politischen Erfahrungen, die ich mit Ihnen gemacht habe,

(sehr richtig! bei den Nationalsozialisten)

daß das Recht allein leider noch nicht genügt, — man muß auch die Macht besitzen!

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Und verwechseln Sie uns nicht mit einer bürgerlichen Welt! Sie meinen, daß Ihr Stern wieder aufgehen könnte! Meine Herren, der Stern Deutschlands wird aufgehen und Ihrer wird sinken.

(Stürmische Rufe bei den Nationalsozialisten: Bravo! und Heil! — Langanhaltende Beifallsbezeugungen, auch auf den Tribünen.)

Sie sagen, daß Sie in der Zeit der Sozialistengesetzgebung nicht gebrochen worden seien. Das war die Zeit, in der die deutsche Arbeiterschaft in Ihnen noch etwas anderes sah, als was Sie heute sind. Warum aber haben Sie denn diese Erkenntnis uns gegenüber vergessen?!

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Was im Völkerleben morsch, alt und gebrechlich wird, das vergeht und kommt nicht wieder.

(Zustimmung rechts.)

Auch Ihre Stunde hat geschlagen, und nur weil wir Deutschland sehen und seine Not und die Notwendigkeiten des nationalen Lebens, appellieren wir in dieser Stunde an den Deutschen Reichstag, uns zu genehmigen, was wir auch ohnedem hätten nehmen können.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) (D)

Des Rechts wegen tun wir es — nicht weil wir die Macht überschätzen, sondern weil wir uns am Ende mit denen, die vielleicht heute von uns getrennt sind, aber doch auch an Deutschland glauben, einst vielleicht leichter finden können.

(Lebhaftes Bravo bei den Nationalsozialisten.)

Denn ich möchte nicht in den Fehler verfallen, Gegner bloß zu reizen, statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen.

(Bravo! und Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Ich möchte denen, die am Ende vielleicht auf anderen Wegen auch mit ihrem Volk empfinden, die Hand reichen

(bravo! im Zentrum)

und möchte nicht einen ewigen Krieg ansagen,

(erneutes Bravo)

nicht aus Schwäche, sondern aus Liebe zu meinem Volk, und um diesem deutschen Volk all das zu ersparen, was in dieser Zeit der Kämpfe mit zugrunde geht.

(Wiederholtes lebhaftes Bravo bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Sie wollen mich aber da niemals mißverstehen. Die Hand gebe ich jedem, der sich für Deutschland verpflichtet.

(Bravo!)

Ich erkenne nicht an das Gebot einer Internationale.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

(**Hitler,** Reichskanzler.)

(A) Ich glaube, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) für dieses Gesetz nicht stimmen, weil Ihnen Ihrer innersten Mentalität nach die Absicht unbegreiflich ist, die uns dabei beseelt.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Ich glaube aber, daß Sie das nicht tun würden, wenn wir das wären, was heute Ihre Presse im Ausland über uns verbreitet,

(sehr richtig! bei den Nationalsozialisten)

und ich kann Ihnen nur sagen: ich will auch gar nicht, daß Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!

(Langandauernde stürmische Heil-Rufe und Beifallskundgebungen bei den Nationalsozialisten und auf den Tribünen. Händeklatschen bei den Deutschnationalen. Immer erneut einsetzender stürmischer Beifall und Heil-Rufe.)

Präsident Göring: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kaas.

Dr. **Kaas** (Z), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Namen der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags habe ich die Ehre, vor diesem Hohen Hause folgende Erklärung abzugeben.

Die gegenwärtige Stunde kann für uns nicht im Zeichen der Worte stehen. Ihr Gesetz, ihr einziges, ihr beherrschendes Gesetz ist das der raschen, bewahrenden, aufbauenden und rettenden Tat. Diese Tat kann nur geboren werden in der Sammlung. In Zerklüftung und Kampf würde sie bereits in ihrem Werden zu zer-
(B) brechen drohen.

Die deutsche Zentrumspartei, die den großen Sammlungsgedanken schon seit langem und trotz aller vorübergehenden Enttäuschungen mit Nachdruck und Überzeugung vertreten hat, setzt sich in dieser Stunde, wo alle kleinen und engen Erwägungen schweigen müssen, bewußt und aus nationalem Verantwortungsgefühl über alle parteipolitischen und sonstigen Bedenken hinweg. Sie läßt selbst solche Bedenken in den Hintergrund treten, die in normalen Zeiten pflichtmäßig und kaum überwindbar wären.

Im Angesichte der brennenden Not, in der Volk und Staat gegenwärtig stehen, im Angesichte der riesenhaften Aufgaben, die der deutsche Wiederaufbau an uns alle stellt, im Angesichte vor allem der Sturmwolken, die in Deutschland und um Deutschland aufzusteigen beginnen, reichen wir von der deutschen Zentrumspartei in dieser Stunde allen, auch früheren Gegnern, die Hand, um die Fortführung des nationalen Rettungswerkes zu sichern,

(Beifall bei den Nationalsozialisten)

die Wiederherstellung geordneten Staats- und Rechtslebens zu beschleunigen, chaotischen Entwicklungen einen festen Damm entgegenzusetzen, zusammen mit all denen — ganz gleich, aus welchen Lagern und Gruppen der deutschen Volksgenossen sie kommen mögen —, die ehrlichen, auf Aufbau und Ordnung gerichteten Willens sind.

(Beifall im Zentrum.)

Die einleitende Regierungserklärung, die Sie, Herr Reichskanzler, am heutigen Nachmittag gegenüber der deutschen Volksvertretung abgegeben haben, enthielt (C)
manches Wort, das wir unterschreiben können, und manches andere — lassen Sie mich das in aller Offenheit, aber in loyaler Offenheit sagen —, auf das einzugehen wir uns im Interesse der Sammlung, die das Gesetz dieser Stunde sein muß, bewußt versagen. Gegenüber manchem tagespolitisch bedingten Urteil der Gegenwart erwarten wir für die Arbeit der von uns unterstützten bisherigen Regierungen mit Zuversicht das ausgeglichenere Urteil der Geschichte.

(Bravo! im Zentrum.)

Manche der von Ihnen, Herr Reichskanzler, abgegebenen sachlichen Erklärungen geben uns, wie ich mit Befriedigung in aller Offenheit hier feststelle, bezüglich einzelner wesentlicher Punkte des deutschen Staats-, Rechts- und Kulturlebens — vor allem auch in Verbindung mit den bei den Vorverhandlungen gemachten Feststellungen — die Möglichkeit, eine Reihe wesentlicher Bedenken, welche die zeitliche und die sachliche Ausdehnung des Ermächtigungsbegehrens der Regierung bei uns ausgelöst hatte und auslösen mußte, anders zu beurteilen.

In der Voraussetzung, daß diese von Ihnen abgegebenen Erklärungen die grundsätzliche und die praktische Richtlinie für die Durchführung der zu erwartenden Gesetzgebungsarbeit sein werden, gibt die deutsche Zentrumspartei dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung.

(Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und bei den Nationalsozialisten.)

Präsident Göring: Das Wort hat der Abgeord- (D)
nete Ritter von Lex.

Ritter **von Lex** (BV), Abgeordneter: Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Namens meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben.

Die Bayerische Volkspartei als Partei der christlich-nationalen Weltanschauung und Staatsauffassung hat nach der schmachvollen Revolution von 1918 in vorderster Linie für die Erhaltung und Wiedergewinnung nationaler Gesinnung in allen Ständen und Schichten des Volks gekämpft. Der von ihr gestellte bayerische Ministerpräsident hat als einer der ersten deutschen Staatsmänner schon im Jahre 1922 die Lüge von der deutschen Kriegsschuld vor aller Welt zurückgewiesen. Seit ihrem Bestehen hat die Bayerische Volkspartei namentlich auch in der Jugend mit aller Entschiedenheit für die Pflege des nationalen Gedankens sich eingesetzt.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Dem Sehnen nach wehrhafter nationaler Betätigung hat sie durch Schaffung eines eigenen vaterländischen Wehrverbandes Rechnung getragen. Die Bayerische Volkspartei hat unentwegt mitgearbeitet an der schwierigen und entsagungsvollen Arbeit, die dem deutschen Volke trotz der fürchterlichen Folgen des verlorenen Weltkrieges, der außenpolitischen Drangsale und der Zerrüttung der Wirtschaft Bestand und Glauben an seine eigene Kraft bis in die Tage der nationalen Erhebung bewahrt hat. Es ist selbstverständlich, daß eine Partei, die von solcher Einstellung beseelt war und beseelt ist, auch in der geschichtlichen Wende dieser Tage

(Ritter **von Lex** (BV), Abgeordneter.)

(A) zur tatkräftigen Mitarbeit am nationalen Aufbauwerk entschieden bereit ist. Für dieses Aufbauwerk hat die Reichsregierung der Vertretung des deutschen Volks ein Ermächtigungsgesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vorgelegt. Dauer und Inhalt dieses Gesetzes haben in der deutschen Geschichte kein Vorbild. Nach unserer Anschauung muß auch die weitestgehende Ermächtigung dort ihre Grenze finden, wo die ewigen Fundamente einer christlichen und nationalen Volksgemeinschaft in Frage stehen. Wir hätten es daher für erforderlich erachtet, daß schon im Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes die Grundrechte eines christlichen und nationalen Staats ausdrücklich gewährleistet worden wären. Wir rechnen hierher insbesondere die Freiheit und Selbständigkeit der christlichen Religionsgesellschaften, den Bestand der Länder als seit Jahrhunderten bewährter Grundpfeiler der deutschen Nation, die Gewährleistung der Rechtssicherheit durch ein unabhängiges Richtertum, die Erhaltung eines auf wohlerworbene Rechte vertrauenden Berufsbeamtentums als Rückgrat jeder nationalen Verwaltung, die freie Betätigung der auf der christlich-nationalen Weltanschauung fußenden politischen, ständischen und kulturellen Verbände und Einrichtungen sowie endlich die ausdrückliche Sicherung von Leben und Eigentum.

Die Ausführungen, die Sie, Herr Reichskanzler, in der Regierungserklärung heute gemacht haben, haben unsere Bedenken gemildert. Wir sind daher in der Lage, dem Ermächtigungsgesetz unsere Zustimmung zu erteilen.

(Bravo!)

Wir geben jedoch dabei der Hoffnung Ausdruck, daß (B) die Durchführung und die Handhabung des Ermächtigungsgesetzes sich in den Schranken des christlichen Sittengesetzes hält. Kein Ermächtigungsgesetz kann irgendeine Regierung oder Einzelperson von dieser Pflicht befreien. Die Verantwortung für die Durchführung des Gesetzes im einzelnen legen wir vor Gott, dem deutschen Volke und der deutschen Geschichte in die Hände der Reichsregierung.

(Bravo! und Händeklatschen.)

Präsident Göring: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Maier (Württemberg).

Dr. **Maier** (Württemberg) (StP), Abgeordneter: Meine sehr verehrten Frauen und Männer! Namens der Abgeordneten der Deutschen Staatspartei habe ich folgende kurze Erklärung abzugeben.

Das deutsche Volk hat am 5. März eine absolute Mehrheit der Rechten in den Reichstag gewählt und damit seinen Willen bekundet, die Führung seines Staates der gegenwärtigen Regierung anzuvertrauen. Wir hoffen und wünschen, daß das deutsche Volk unter der jetzigen Leitung seinen seit vierzehn Jahren zäh und opfervoll geführten Kampf um Freiheit und Wiedererstarken der deutschen Nation erfolgreich zu Ende bringen möge. Wir fühlen uns in den großen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, wie sie heute vom Herrn Reichskanzler hier vorgetragen wurde.

Wir leugnen auch keineswegs, daß Notzeiten besondere Maßnahmen erfordern, und haben deswegen wiederholt Ermächtigungsgesetzen und Notverordnungen zugestimmt. Wir verstehen, daß die gegenwärtige Reichsregierung weitgehende Vollmachten verlangt, um (C) ungestört arbeiten zu können. Wenn wir gleichwohl in dieser ernsten Stunde uns verpflichtet fühlen, Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen, so gehen wir davon aus, daß auch der jetzigen Regierung eine sachliche und loyale Kritik ihrer Maßnahmen nicht unerwünscht sein wird. Wir vermissen in dem vorliegenden Gesetzentwurf, daß den verfassungsmäßigen Grundrechten des Volkes und den Grundlagen der bürgerlichen Rechtsordnung keine ausdrückliche Sicherung vor Eingriffen gegeben wurde. Unantastbar müssen vor allem bleiben die Unabhängigkeit der Gerichte, das Berufsbeamtentum und seine Rechte, das selbstbestimmende Koalitionsrecht der Berufe, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft wie ihrer Lehre. Diese Werte, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Grundelemente jedes Gemeinschaftslebens in einem geordneten Rechtsstaat. Gerade sie wurden durch die Verfassung von Weimar aus der alten deutschen und aus der alten preußischen staatlichen Tradition gerettet, und sie dürfen heute wie vor vierzehn Jahren nicht gefährdet werden.

Im Interesse von Volk und Vaterland und in der Erwartung einer gesetzmäßigen Entwicklung werden wir unsere ernsten Bedenken zurückstellen und dem Ermächtigungsgesetz zustimmen.

(Beifall.)

Präsident Göring: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simpfendörfer.

Simpfendörfer (V), Abgeordneter: Deutsche Männer und Frauen! Der Volksdienst bejaht die (D) innen- und vor allem die außenpolitischen Ziele der Reichsregierung, die der Herr Reichskanzler heute vorgetragen hat. Er ist zu seinem Teil zu der Mitarbeit, die der Herr Reichskanzler in so eindrucksvoller Weise gefordert hat, bereit und gibt deshalb dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung.

(Beifall.)

Vizepräsident **Zörner** (Braunschweig): Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Göring das Wort.

(Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Göring (NSDAP), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit des Zusammenseins des Reichstags benutzen, um zu Vorwürfen Stellung zu nehmen, die von dem Redner der Sozialdemokraten in einem bestimmten Punkte erhoben wurden, weil ich mich dabei auch persönlich am meisten, und zwar angenehm, getroffen fühle,

(Heiterkeit bei den Nationalsozialisten)

des weiteren aber auch, um von dieser Stelle aus dem Ausland eine Antwort zu geben auf all die falschen Nachrichten, die es heute durch unterirdische Kanäle aus Deutschland heraus bekommen hat.

Wenn der Redner der Sozialdemokratie gesagt hat, wehrlos sei nicht ehrlos, so möchte ich im Nachtrag zu den einzigartigen Worten unseres Führers noch mitteilen, daß gewiß einer der Ihren (zu den Sozialdemokraten) dieses Wort gesprochen hat. Das war, Sie werden es ja wissen, der Reichskanzler Bauer, derselbe Bauer — der also »Wehrlos ist nicht ehrlos!«

(Göring (NSDAP), Abgeordneter.)

(A) sagte —, der dann von Ihnen selbst wegen seiner Skandale, seiner Bestechungen und seiner Korruption eine Zeitlang aus der Partei ausgeschlossen war. Das ist der Mann, der für Sie »ehrlos« und »wehrlos« in einen Mund genommen hat!

Meine Herren (zu den Sozialdemokraten), wenn Sie sich heute über die Unterdrückung der Presse beschweren, dann vergessen Sie bitte zunächst nicht, wie Sie regiert haben. In vielen meiner Maßnahmen brauchte ich mich nur an das Vorbild des mittlerweile in die Schweiz geflüchteten Herrn Braun zu halten. Sie können aber von einer Unterdrückung der Presse so lange nicht reden, als Sie die Presse dazu benutzen wollten, um weiter gegen den Bestand des Staates und der Nation zu hetzen. Wenn heute im Ausland Greuelnachrichten verbreitet werden — man muß sich fragen, wie ein gesunder Menschenverstand diese Dinge überhaupt noch begreifen will —, wenn davon die Rede ist, daß täglich Dutzende von Leichen im Landwehrkanal schwimmen, wenn davon die Rede ist, daß ich selbst den Reichstag angezündet hätte, wenn davon die Rede ist, daß Herrn Torgler die Ohren abgeschnitten worden seien, wenn weiter davon gesprochen wird, daß hier die Sozialdemokraten erschlagen, mißhandelt und gefoltert wurden, so weise ich das von hier aus zurück. Ich bin bereit, wenn es sein müßte, jeder ausländischen Kommission all die Gefangenen wohlbehalten zu zeigen, die dort schon längst als tot und gefoltert gemeldet worden sind.

Wenn Sie aber gar noch davon sprechen und unschuldig wie ein Engel hier beteuern, daß keine Verbindung von hier zum Ausland wäre, dann werde ich Ihnen die Verbindung baldigst beweisen. Heute noch werden von hier aus diese Greuelnachrichten hinaus-
(B) gefunkt, heute noch gehen durch Hunderte von unterirdischen Kanälen durch Ihre Verbindungen diese infamen Nachrichten hinaus, heute noch geht durch einen Geheimdienst eine Nachricht nach der anderen über solche Greueltaten in das Ausland. Und das Eigentümliche ist: wer bringt im Ausland diese Greuelnachrichten? Sehen Sie sich die sozialdemokratische Presse aller Länder an: das sind diejenigen Zeitungen, die über diese Greuelnachrichten berichten.

Wenn Sie erklären, die Menschlichkeit würde die Sozialdemokratie besonders auszeichnen, und deshalb könnten Sie nicht diese Unterdrückung verstehen, — meine Herren Sozialdemokraten, ich habe in diesen Tagen die Presse Ihrer Parteigenossen im Ausland gelesen: schamloser, unmenschlicher hat noch nie eine Presse berichtet; in den Kot gezogen, in den Schmutz gezerrt werden die Männer, die heute das deutsche Volk führen, als infame Idioten, als Provokateure, als lumpige Gesellen werden sie beschmutzt.

(Pfui! bei den Nationalsozialisten.)

Ihr (zu den Sozialdemokraten) redet von Menschlichkeit, und eure Presse in Skandinavien beschmutzt heute noch meine eigene tote Frau.

(Pfui-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Das ist eure Menschlichkeit! Das ist eine sogenannte Regierungspresse der Sozialdemokratie, hemmungslos und schamlos vom ersten bis zum letzten Wort! Und da wollen Sie sich hier hinstellen und so tun, als ob Sie mit all dem nicht das geringste zu tun hätten?

Nein, meine Herren, Sie haben immer so sehr gepocht auf die Internationale, auf die Solidarität Ihrer Parteigenossen. Jetzt können Sie diese Solidarität beweisen. Beweisen Sie, daß die Presse anders schreibt, (C) und Sie werden sehen, daß wir hier gegen Sie auch anders sein können. Solange aber von dort dieser Schmutz, diese Infamie und diese Beleidigungen kommen, werden Sie, meine Herren, die Sie daran schuld sind, auch dafür büßen müssen.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Und, meine Herren, wenn Sie so tun, als wollten Sie nur wieder in Ihrer Presse berichten, uns helfen, damit ja nicht das Ausland all die Greuelnachrichten schreiben könnte, — ich habe nichts dagegen, Ihnen morgen eine Korrespondenz zu gestatten, in der Sie täglich gegen die Greuelnachrichten Berichtigungen geben können.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Ich möchte aber daran erinnern, daß, wenn ich mir manchmal nicht ganz klar bin, wie zu verfahren sei, ich dann aus dem reichen Vorrat Ihrer Presse ab und zu einige Artikel lese und daraus wieder sehe, wie Sie jahrelang uns beschmutzt haben, jahrelang alles, was national hieß, in den Dreck gezogen haben. Lesen Sie doch den »Vorwärts«, lesen Sie die »Münchner Post«, lesen Sie diese ganzen infamen Lügenpressen, und Sie werden erkennen, wie grotesk es ist, wenn Sie sich hier hinstellen und den unschuldigen Engel markieren wollen.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Wir kennen Sie, und darum, bitte, wenden Sie jetzt Ihre Kanäle an, nicht um Verleumdung und Schmutz hindurch zu schicken, sondern, bitte, sorgen Sie dafür, daß die Wahrheit an den Tag kommt; stellen Sie richtig, was Sie bisher verleugnet haben! (D)

Im übrigen aber, meine Damen und Herren, weiß jeder von Ihnen: Sie können heute durch Deutschland gehen in Nord oder Süd, in Ost oder West, es gibt keine ausgeplünderten oder zertrümmerten Geschäfte, nicht ein Laden in ganz Deutschland, der heute nicht existieren kann, in dem nicht ruhig der Verkauf und Kauf vor sich geht, nicht ein Warenhaus, das zerstört oder beraubt oder behindert wurde! Gehen Sie doch durch all die Warenpaläste: Sie werden erkennen, daß nach wie vor die Herren ihren Rebbach machen können, daß nach wie vor dort das Geschäft geht. Es ist nicht wahr, daß hier der Handel und Wandel gestört wird. Gehen Sie an den Synagogen vorbei, gehen Sie über die jüdischen Friedhöfe — nicht eine Stelle werden Sie mir zeigen können, wo auch nur ein Wort gegen den Juden steht, wo auch nur ein Stein beschmutzt worden ist. Tote zu beschmutzen, das bleibt Ihrer Presse im Auslande vorbehalten, nicht der unseren. Gehen Sie weiter durch die Gefängnisse; fragen Sie Herrn Thälmann, Herrn Torgler, ob ihnen das geringste geschehen ist. Wenn Herr Thälmann darüber deprimiert erscheint, daß seine Anhänger zu Tausenden weglaufen, so liegt das nicht an uns. Ich kann ja schließlich nicht für seine Aufheiterung auch noch besondere Sorge tragen.

(Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.)

Nichts ist den Leuten geschehen. Daß da und dort endlich einmal diesem und jenem die Galle überlief und er sich gegen die fortgesetzten Verfolgungen und Angriffe endlich einmal zur Wehr gesetzt hat — ja, meine Herren, Sie können doch von uns nicht ver-

(**Göring** (NSDAP), Abgeordneter.)

(A) langen, daß wir uns weiter so abschlachten lassen, wie wir das unter Ihrem System haben geschehen lassen müssen. Sie können hier nicht auftreten und Namen von Leuten nennen mit der Behauptung, daß sie verschwunden seien oder umgebracht wurden. Wenn verschiedene Abgeordnete von Ihnen in Schutzhaft genommen wurden, so seien Sie mir dankbar, daß ich das getan habe; denn die Wut des Volkes über alles das, was Sie in vierzehn Jahren getan haben, war so groß, so grandios, daß man wohl sagen kann: wenn das Volk nach seinen Rechtsbegriffen abgerechnet hätte, dann säßen Sie allerdings nicht hier.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Da hat der Kanzler recht gehabt.

Damit hoffe ich, gerade als der Minister, der im größten Lande Deutschlands dafür verantwortlich ist, einmal klar ausgesprochen zu haben, daß alle diese Greuelnachrichten Lügen sind, daß alle diese Darstellungen unwahr sind. Friedlicher ist Deutschland nie gewesen. Erhebender als heute kann es niemals für einen Ausländer gewesen sein, durch Deutschland zu gehen; denn er sieht endlich wieder ein Volk voll Hoffnung, ein Volk voll Glauben und ein Volk voll Stolz, und das verdanken wir den Männern, die jetzt die Leitung der Geschäfte in die Hand genommen haben.

Darum hat die nationalsozialistische Fraktion zu dem Ermächtigungsgesetz nur eines zu erklären: Es ist jahrelang geredet worden; jetzt haben wir an der Spitze der deutschen Regierung einen Führer, jetzt wird nicht mehr geredet, jetzt wird gehandelt!

(Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

(B) Mögen die anderen lügen, wir arbeiten, und unser Führer, der Kanzler des Reichs kann überzeugt sein, daß auch unsere Fraktion nicht mehr reden, sondern nur arbeiten wird, daß sie ihm treue Gefolgschaft leisten wird in blinder Treue bis zum Siege Deutschlands.

(Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten. — Abgeordneter Göring übernimmt wieder das Präsidium.)

Präsident Göring: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir treten in die zweite Beratung ein. Ich rufe auf Artikel 1 und bitte diejenigen, die ihn annehmen wollen, aufzustehen. — Das ist die Mehrheit. Artikel 2 — desgleichen; Artikel 3 — angenommen.

Zu Artikel 4 ist eine redaktionelle Änderung vorgeschlagen. Die Worte »für die Dauer der Geltung dieses Gesetzes« sollen wegfallen, weil die Dauer der Geltung des Gesetzes im Artikel 5 festgelegt ist. Ich darf feststellen, daß der Artikel 4 mit dieser Änderung angenommen ist. — Artikel 5, — Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich schließe damit die zweite Beratung.

Wir kommen zur dritten Beratung. — Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung. Ich rufe in der besonderen Beratung auf Artikel 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — Einleitung und Überschrift — und erkläre sie für angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Schlußabstimmung. Hierfür ist namentliche Abstimmung erforderlich. Ich darf also bitten, daß diejenigen Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben wollen, eine Karte mit Ja, die ihn ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abgeben. (C)

Für Mitglieder, die ihre Abstimmungskarten nicht zur Hand haben, stehen Karten auf dem Tisch des Hauses zur Verfügung. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß auf diese Karten noch der Name des betreffenden Abgeordneten gesetzt werden muß — bitte deutlich lesbar, da sonst die Karten ungültig wären.

Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln.

(Pause.)

Abgeordnete, die ihre Karte noch nicht abgegeben haben, werden gebeten, das hier nachzuholen.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen. Meine Damen und Herren! Das vorläufige Ergebnis*) der Abstimmung ist folgendes. Abgegeben wurden 535 Karten. Es haben gestimmt mit Nein 94, mit Ja 441 Abgeordnete.

(Stürmische Rufe bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen: Bravo!)

Da es sich um ein verfassungänderndes Gesetz handelt, ist folgende Feststellung zu treffen. Die gesetzliche Mitgliederzahl des Hauses beträgt 566. Davon sind zwei Drittel 378, davon wiederum zwei Drittel 252. Somit ist das Ermächtigungsgesetz mit der verfassungsmäßigen Mehrheit von 441 Stimmen angenommen.

(Stürmischer Beifall und Heil-Rufe bei den Nationalsozialisten.) (D)

Meine Damen und Herren! Es sind noch einige Formalitäten zu erledigen. Für die verschiedenen parlamentarischen Beiräte bei den Reichsministerien, beim Reichsschuldenausschuß, beim Staatsgerichtshof, für Angelegenheiten der Reichselektrizitätswirtschaft usw. sind noch Vertreter zu ernennen. Ich schlage Ihnen der Einfachheit halber vor, zu beschließen, daß ich die Beiräte bestimme.

(Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; ich danke Ihnen.

(Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.)

Desgleichen schlage ich vor, zu beschließen, daß ich im Einvernehmen mit den Fraktionen noch die Delegierten bestimme, die eventuell nach Rom zum Kongreß der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz fahren. Ich nehme an, daß auch darüber Einverständnis herrscht.

(Rufe bei den Nationalsozialisten: Jawohl!)

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; mein Vorschlag ist angenommen.

(Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen nun noch vor, daß Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung durch mich bestimmt werden.

(Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

---

*) Vgl. das endgültige Ergebnis S. 45.

(Präsident Göring.)

(A) Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, sich vom Sitz zu erheben. — Das ist die Mehrheit; somit ist mein Vorschlag angenommen.

Meine Damen und Herren! Der Deutsche Reichstag des neuen nationalen Deutschlands hat in effektiver Arbeit in wenigen Stunden eine Leistung vollbracht, zu der er früher in Jahren nicht imstande gewesen wäre.

(Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Ich danke allen Fraktionen, die sich an dieser Aufbauarbeit mitbeteiligt haben; ich danke ihnen damit auch für das Vertrauen. Die Deutsche Reichsregierung hat bewiesen, daß sie im deutschen Volk nicht nur, sondern auch in der deutschen Volksvertretung über ein gewaltiges Vertrauen verfügt. Dieses Vertrauen wird die Reichsregierung in ihrer Arbeit stärken. (B)

Ich entlasse damit den Reichstag bis zu seiner nächsten Sitzung mit den besten Wünschen.

(Stürmische Heil-Rufe bei den Nationalsozialisten. — Die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion singen mit erhobenem Arm die erste Strophe des Horst Wessel-Liedes.)

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 52 Minuten.)

Namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung

in der 2. Sitzung am Donnerstag, dem 23. März 1933

Schlußabstimmung über den von den Abgeordneten Dr. Frick, Dr. Oberfohren und Genossen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich — Nr. 6 der Drucksachen —

Name	Abstimmung
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	
Albrecht (Frankfurt)	Ja
Dr. Albrecht (Thüringen)	Ja
Amann	Ja
Appler	Ja
von dem Bach-Zelewski	Ja
Barthel (Niederbayern)	Ja
Bauer	Ja
Beckerle	Ja
Behme	Ja
Bergmann	Ja
Graf von Bismarck-Schönhausen	Ja
Böckenhauer	Ja
Börger	Ja
Boltz (Hamburg)	Ja
Bouhler	Ja
Bredow	Ja
Bruckmann	Ja
Brückner	Ja
Brusch	Ja
Buch	Ja
Buchner	Ja
Bürckel	Ja
Bunge	Ja
Carius	Ja
von Corswant	Ja
Darré	Ja
Dassler	Ja
Dr. Decker (Potsdam)	Ja
Deininger	Ja
von Detten	Ja
Dietrich (München)	Ja
Dörrenberg (Köln)	Ja
Dost (Zwickau)	Ja
Dreher	Ja
Duschön	Ja
Freiherr von Eberstein	Ja
Ender	Ja
Ritter von Epp	Ja
Erbersdobler	Ja
Ernst (Potsdam)	Ja
Esser (München)	Ja
Dr. Fabricius	Ja
Feder (München)	Ja
Fillusch	Ja
Florian	Ja
Forster	Ja
Dr. Frank II	Ja
Franke	Ja
Frey (Oberbayern)	Ja
Dr. Frick	Ja
Friedrich	Ja
Fust (Mecklenburg)	Ja
Geburtig	Ja
Gewecke	Ja
Geyer	Ja
Dr. Goebbels	Ja
Göckenjan	Ja
Göring	Ja
Gohdes	Ja
Gradl (Franken)	Ja
Groine	Ja
Gross (Tilsit)	Ja
Grund	Ja
Günther	Ja
Habicht (München)	Ja
Hager	Ja
Hanke	Ja
Hans	Ja
Hayn (Breslau)	Ja
Heines	Ja
Heißmeyer	Ja
Helmich (Westfalen)	Ja
Hergenröder	Ja
Hergt (Pommern)	Ja
Herwig	Ja
Herzog	Ja
Heß (München)	Ja
Heß (Plauen)	Ja
Heuschneider	Ja
Heydebreck	Ja
Hierl	Ja
Hildebrandt	Ja
Himmler (Thüringen)	Ja
Hinkel	Ja
Hintze	Ja
Hitler	Ja
Dr. Hocheisen	Ja
Hoenscher	Ja
Hofmann (Niederbayern)	Ja
Holdinghausen	Ja
Holzmann	Ja
Homann	Ja
Huber	Ja
Hühnlein	Ja
Hug (Baden)	Ja
Dr. Hunke	Ja
Irrgang	Ja
Ittameier	Ja
Jacke	Ja
Jaenke (Liegnitz)	Ja
von Jagow	Ja
Jebe	Ja
Jeckeln (Braunschweig)	Ja
Jenke (Breslau)	Ja
Jenzen	Ja
Johlitz	Ja
John	Ja
Jordan	Ja
Karpenstein	Ja
Karwahne	Ja
Kasche	Ja
Katzmann	Ja
Kaufmann	Ja
Keppler	Ja
Kern (Eberstadt)	Ja
Kiehn	Ja
Freiherr von Killinger	Ja
Kirchner	Ja
Klagges	Ja
Dr. Klein	Ja
Dr. Klipp	Ja
Knickmann	Ja
Koch (Ostpreußen)	Ja
Körner (Berlin)	Ja
Körner (Sachsen)	Ja
Dr. Kolb	Ja
Kraft	Ja
Krause (Magdeburg)	Ja
Kronsbein	Ja
Krüger	Ja
Kunisch	Ja
Leister	Ja
Lengemann	Ja
Lenk	Ja
Lenz	Ja
von Levetzow	Ja
Dr. Ley (Köln)	Ja
Linder	Ja
Litzmann	Ja
Loeper	Ja
Lommel	Ja
Ludin	Ja
Lüdtke (Pommern)	Ja
Lutze	Ja
Luyken	Ja
Malzer	Ja

Name	Abstimmung
Matthiessen	Ja
Dr. Meinshausen	Ja
Michaelis	Ja
Moder	Ja
Müller (Hannover)	Ja
Müller (Magdeburg)	Ja
Müller (Westfalen)	Ja
Münchmeyer	Ja
Multhaupt	Ja
Mutschmann	Ja
Nagel	Ja
Neugebauer (Breslau)	Ja
Dr. Nieland	Ja
Nietfeld-Beckmann	Ja
Nötzelmann	Ja
Oberlindober	Ja
Odendall	Ja
Oppermann	Ja
Otto	Ja
Peppmüller	Ja
Dr. Peschke	Ja
Dr. Pfaff	Ja
von Pfeffer	Ja
Pies	Ja
Pillmayer	Ja
von Platen (Ostpreußen)	Ja
Plattner	Ja
Plorin (Ostpreußen)	Ja
Poppe	Ja
Pretzel (Berlin)	Ja
Preuß (Königsberg)	Ja
Prinz von Preußen	Ja
Prützmann	Ja
Graf von Pückler-Burghauss	Ja
Puth (Hessen)	Ja
Dr. Ramm (Pfalz)	Ja
Ramshorn	Ja
Reinhardt	Ja
Reinke	Ja
Reiter (Sachsen)	Ja
Graf zu Reventlow	Ja
von Rheden	Ja
Riemenschneider	Ja
Ringshausen	Ja
Ritsch	Ja
Röver	Ja
Rosenberg	Ja
Roth (Baden)	Ja
Ruckdeschel	Ja
Rupp	Ja
Dr. Ruppin	Ja
Rutzek	Ja
Rust	Ja
Schäfer	Ja
Schaller	Ja
Schemm	Ja
Schickert	Ja
von Schirach	Ja
Schmeer (Aachen)	Ja

Name	Abstimmung
Schmidt (Bottrop)	Ja
Schmidt (Kassel)	Ja
Schmidt (Stuttgart)	Ja
Schmidtsdorff	Ja
Schmiedicke	Ja
Schneider	Ja
Schneidhuber	Ja
Schönwälder	Ja
Schrader	Ja
Schragmüller	Ja
Schramm (Schleswig-Holstein)	Ja
Schröder (Mecklenburg)	Ja
Schroeder (Sachsen)	Ja
Schroer (Wuppertal)	Ja
Schuberth	Ja
Schuhmann (Berlin)	Ja
Dr. Schultze-Naumburg	Ja
Schulz (Pommern)	Ja
Schwarz (Memmingen)	Ja
Schwarz (München)	Ja
Seidel-Dittmarsch	Ja
Seidler	Ja
Selzner	Ja
Seydel (Sachsen)	Ja
Sieber (Leipzig)	Ja
Simon	Ja
Skoda	Ja
Soest (Göttingen)	Ja
Sporrenberg (Düsseldorf)	Ja
Sprenger	Ja
Dr. Stähle (Nagold)	Ja
Stamer	Ja
Stehle (Bittelbronn)	Ja
Stiehler	Ja
Stöhr	Ja
Streicher	Ja
Stürtz	Ja
Stumpf	Ja
von Sybel	Ja
Telschow	Ja
Terboven	Ja
Thiele (Bremen)	Ja
Thormählen	Ja
Tiebel (Merseburg)	Ja
Triebel (Thüringen)	Ja
Trübenbach	Ja
von Tschammer und Osten	Ja
Uebelhoer	Ja
von Ulrich (Kassel)	Ja
Dr. Usadel	Ja
Veller (Düsseldorf)	Ja
Vetter (Westfalen)	Ja
Wächter	Ja
Wagner (Baden)	Ja
Dr. Wagner (Hessen)	Ja

Name	Abstimmung
Wagner (Westfalen)	Ja
Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont	Ja
Freiherr von Wangenheim	Ja
Wege (Berlin)	Ja
Dr. Wegner (Sachsen)	Ja
Weidenhöfer	Ja
Weiß	Ja
Weitzel (Hessen)	Ja
Wetzel (Baden)	Ja
Wigand	Ja
Willikens	Ja
Wisch	Ja
Witthaus	Ja
Wittje	Ja
Wockatz	Ja
Wolkersdörfer	Ja
von Woyrsch	Ja
Freiherr von Wrangell	Ja
Wünning	Ja
Wurzbacher	Ja
Wysocki	Ja
Zapf	Ja
Zeller (Württemberg)	Ja
Zenner (Koblenz)	Ja
Ziegler (Heidelberg)	Ja
Dr. Ziegler (Sachsen)	Ja
Zörner (Braunschweig)	Ja
Dr. Zunkel	Ja

Sozialdemokratische Partei

Name	Abstimmung
Frau Agnes	Nein
Frau Ansorge	krank
Arzt	krank
Aufhäuser	Nein
Dr. Baade	Nein
Becker (Herborn)	Nein
Bernhard	Nein
Biedermann	Nein
Biester	Nein
Böckler	Nein
Frau Bohm-Schuch	Nein
Brandes	Nein
Dr. Breitscheid	krank
Buchwitz	Nein
Crispien	—
Dahrendorf	Nein
Dietrich (Thüringen)	Nein
Dill	Nein
Dittmann	—
Dobbert	Nein
Ebert	Nein
Eggerstedt	Nein
Faust	Nein
Felder	Nein
Finke	—
Fleißner (Dresden)	—
Frölich	Nein

Name	Abstimmung
Gerlach	Nein
Graf (Leipzig)	Nein
Graßmann	Nein
Graupe (Zwickau)	Nein
Grotewohl	Nein
Hartsch (Chemnitz)	Nein
Heilmann	Nein
Heinig	Nein
Henßler	Nein
Dr. Hertz	Nein
Dr. Hilferding	krank
Dr. Hoegner	Nein
Höltermann	Nein
Hünlich	Nein
Husemann	Nein
Janschek	Nein
Frau Juchacz	Nein
Karsten	Nein
Kirschmann	Nein
Krätzig	Nein
Künstler	Nein
Kuhnt	—
Frau Kunert	krank
Landsberg	—
Larssen	Nein
Dr. Leber	—
Lipinski	Nein
Litke (Berlin)	Nein
Löbe	Nein
Dr. Löwenstein	krank
Lübbe	Nein
Lufft	krank
Dr. Marum	—
Meier (Baden)	—
Mertins	Nein
Metz	Nein
Dr. Mierendorff	—
Moltmann	Nein
Frau Nemitz	Nein
Nowack	Nein
Partzsch (Hannover)	Nein
Passehl	Nein
Peine	Nein
Peters	Nein
Petrich	Nein
Frau Pfülf	Nein
Pohle	Nein
Puchta	—
Raloff	Nein
Reißner (Frankfurt)	Nein
Reuter (Magdeburg)	Nein
Richter (Hildesheim)	Nein
Richter (Neumünster)	Nein
Ritzel	Nein
Roßmann (Württemberg)	Nein
Roth (Mannheim)	—
Saupe (Leipzig)	Nein
Scheffel	Nein
Scheidemann	krank
Schirmer	Nein

Name	Abstimmung
Schlebusch	Nein
Schmidt (Köpenick)	Nein
Schnabrich	Nein
Schneppenhorst	Nein
Schreck	Nein
Frau Schroeder (Schleswig-Holstein)	Nein
Frau Schulz (Westfalen)	Nein
Dr. Schumacher	Nein
Schumann (Stettin)	Nein
Seger (Dessau)	—
Frau Sender	krank
Dr.-Ing. Severing	Nein
Soldmann (Franken)	—
Sollmann (Köln)	krank
Stampfer	Nein
Frau Starrmann	krank
Dr. Staudinger	Nein
Stelling	Nein
Tarnow	Nein
Tempel	Nein
Uhlig (Chemnitz)	Nein
Ulrich (Württemberg)	Nein
Unterleitner	Nein
Vogel	Nein
Wagner (Pfalz)	—
Weber (Hessen)	Nein
Weimer	Nein
Wels	Nein
Wendemuth	Nein
Dr. Wissell	Nein
Witte	Nein
Frau Wurm	Nein
Frau Zammert	Nein

Zentrum

Name	Abstimmung
Asmuth	Ja
Beck (Oppeln)	Ja
Becker (Arnsberg)	Ja
Dr. Bell	Ja
Bielefeld	Ja
Blum (Krefeld)	Ja
Dr. Bockius	Ja
Dr. Bolz (Stuttgart)	Ja
Bornefeld-Ettmann	Ja
Dr. Brüning	Ja
Dr. Crone-Münzebrock	Ja
Dr. Dessauer	Ja
Diez	entsch.
Dr. Drees	Ja
Ehrhardt	Ja
Ernst (Aachen)	Ja
Ersing	Ja
Esser (Euskirchen)	Ja
Fahrenbrach	Ja
Farny	Ja
Dr. Föhr (Baden)	Ja
Dr. Fonk	Ja
Gerig	Ja
Gibbert	Ja
Groß (Württemberg)	Ja
Dr. Dr. Hackelsberger	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	Ja
Imbusch	Ja
Joos	Ja
Dr. Kaas	Ja
Kaiser (Köln)	Ja
Kampschulte	Ja
Dr. Klöckner	Ja
Knoll	Ja
Dr. Krone	Ja
Kuhnen	Ja
Neyses	Ja
Dr. D. Offenstein	Ja
Frau Dr. Peerenboom	Ja
Dr. Perlitius	Ja
Pradel (Thüringen)	Ja
Dr. Respondek	Ja
Riesener	Ja
Roeingh	Ja
Dr. Schauff	Ja
Dr. Schetter (Köln)	Ja
Schlack	Ja
Schmidt (Lippstadt)	Ja
Schmitt (Berlin)	Ja
Dr. Schmitt (Karlsruhe)	Ja
Schmitz (Duisburg)	Ja
Schnitzler	Ja
D. Dr. Schreiber	Ja
Schwarz (Frankfurt)	Ja
Frau Siebert	Ja
Dr. Stegerwald	Ja
Teschner	Ja
Frau Teusch	Ja
Tremmel	Ja
Ulitzka	Ja
Verhülsdonk	Ja
Dr. Vockel	Ja
Dr. Wages	Ja
Warnke (Frankfurt)	Ja
Frau Dr. Weber (Berlin)	Ja
Weber (Westfalen)	Ja
Wegmann	Ja
Weiser	Ja
Wiedemeier	Ja
Winkler	Ja
Dr. Wirth	Ja
Frau Zillken	Ja
Dr. Zorn	Ja

Deutschnationale Volkspartei

Name	Abstimmung
Abicht (Thüringen)	Ja
Dr. Agena	Ja
von Arnim	Ja
Dr. Baerwolff	Ja
Dr. Bang	Ja

Name	Abstimmung
von Bartenwerffer	Ja
Berndt	Ja
Dr. Borchmeyer	Ja
D. Doehring	Ja
Dr.-Ing. Ende	Ja
Dr. Everling	Ja
Dr. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven	Ja
Gok	Ja
Graef (Thüringen)	Ja
Haag*)	Ja
Dr. Hanemann	Ja
Harmony	Ja
Hellwig (Ostpreußen)	Ja
Hembeck	Ja
Hergt (Hessen)	Ja
Hintzmann	Ja
Dr. Hugenberg	Ja
Jaeger (Celle)	Ja
Dr. Kleiner	Ja
Dr. Koch (Wuppertal)	Ja
Kuhnke	Ja
Laverrenz	Ja
Frau Lehmann	Ja
Dr. Lent	Ja
von Ludwiger	Ja
Möllers	Ja
Dr. Oberfohren	Ja
von Papen*)	Ja
Dr. Quaatz	Ja
Dr. Rademacher	Ja
von Restorff	Ja
Dr. Schmidt (Eichwalde)	Ja
Schmidt (Hannover)	Ja
Schmidt (Neukölln)	Ja

*) Gäste

Name	Abstimmung
Freiherr von Schorlemer	Ja
Schulze-Stapen	Ja
Seldte*)	Ja
Dr. Spahn	Ja
Dr. Stadtler	Ja
Steinhoff	Ja
Frau D. von Tiling	Ja
Timm	Ja
von Trotha	Ja
Wege (Frankfurt)	Ja
Dr.-Ing. Wider	Ja
Wiedemann (Potsdam)	Ja
Dr. Wienbeck	Ja
von Zitzewitz	Ja

Bayerische Volkspartei

Name	Abstimmung
Dr. Bayersdörfer	Ja
Emminger	Ja
Dr. Graf (Regensburg)	Ja
Helmerich (Niederbayern)	Ja
Herbert	Ja
Herrmann	Ja
Dr. Horlacher (München)	Ja
Huth (Franken)	Ja
Korbacher (Franken)	Ja
Frau Lang-Brumann	Ja
Leicht	Ja
Ritter von Lex	Ja
Graf von Quadt zu Wykradt und Isny	Ja

Name	Abstimmung
Dr. Rothermel	Ja
Schwarzer (Oberbayern)	Ja
Stimmer	Ja
Sturm	Ja
Troßmann (Nürnberg)	Ja
Wiedemann (Oberbayern)	Ja

Deutsche Staatspartei

Name	Abstimmung
Dietrich (Baden)	Ja
Dr. Heuß (Berlin)	Ja
Landahl	Ja
Lemmer	Ja
Dr. Maier (Württemberg)	Ja

Volksdienst
(Evangelische Bewegung)

Name	Abstimmung
Bausch	Ja
Behrens	Ja
Lic. Schmidt (Westfalen)	Ja
Simpfendörfer	Ja

Deutsche Bauernpartei

Name	Abstimmung
Dr. Fehr (München)	Ja
Kling	Ja

Deutsche Volkspartei

Name	Abstimmung
Dingeldey	krank
Dr. Hugo	Ja

Zusammenstellung.

Abstimmung:

Abgegebene Stimmzettel	538
Ungültig	—
Bleiben gültig	538

Davon:

Ja	444
Nein	94
Der Abstimmung enthalten	—
Summe wie oben.	

Druck und Verlag der Reichsdruckerei, Berlin SW 68.